

E+Z

ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
DEVELOPMENT
AND COOPERATION

E+Z
D+C

Internationale
Zeitschrift

Monatliches e-Paper

Oktober 2015

Rinderhaltung
Destruktiver
Wandel in
Argentinien

Artenvielfalt
Management von
Naturparks im
südlichen Afrika

Glauben
Islamische
Grundlagen für
Entwicklung



Internationale NGOs

Schwerpunkt: Internationale nichtstaatliche Organisationen

INGOs in Afrika

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind einflussreich. Die Zusammenarbeit von Partnern aus Nord und Süd ist für Afrika nützlich, hat aber auch Schattenseiten, urteilt die kenianische Entwicklungsberaterin **Agnes Abuom**.

Seite 14

Autoritäres Gebaren in Indien

INGOs (international non-governmental organisations) haben Indien vorangebracht. Die Regierung spricht aber von „Einmischung in interne Angelegenheiten“ und macht ihnen die Arbeit schwer, wie die Journalistin **Aditi Roy Ghatak** berichtet. Seite 16

Ungleiche Partner

Zivilgesellschaftliche Organisationen hängen auf vielfältige Weise von INGOs ab. Sie haben auch keinen gleichberechtigten Zugang zu Regierungen und internationalen Organisationen. **Antonio Tujan Jr.** von der philippinischen IBON Foundation untersucht die Beziehungen.

Seite 18

Experten, Anwälte und Aktivisten

Ohne INGOs lässt sich die Weltpolitik kaum noch vorstellen. Einige Fachleute loben ihre globale Rolle, andere äußern Kritik. Die deutschen Wissenschaftlerinnen **Charlotte Dany** und **Andrea Schneiker** geben einen Einblick in diese Diskussion. Seite 21

Wandel gestalten

Schnelle Veränderungen in Politik, Technologie und Umwelt stellen INGOs vor neue Herausforderungen. Sie sollten voneinander lernen und kreative Lösungen finden, schlagen **Helene Wolf** und **Åsa Månsson** vom International Civil Society Centre in Berlin vor. Seite 24

Schutz für Aktivisten

Amnesty International (AI) ist als Menschenrechtsorganisation weltbekannt. INGOs brauchen gute Kontakte vor Ort, und AI hängt von vielen kleinen lokalen Organisationen ab, wie **Selmin Çalışkan** von AI Deutschland im Interview Sheila Mysorekar erläutert hat. Seite 26

Gestaltungskraft nutzen

Weltweit sagen acht von zehn Menschen: „Ich gehöre zu einer Religionsgemeinschaft.“ Religiöse Akteure können auf kreative, nichtstaatliche Weise zu Entwicklung beitragen. **Bernhard Felberg** vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung will solche Chancen konsequent nutzen. Seite 28

Editorial

Wichtige Lobby

➔ Wie ginge es dem brasilianischen Regenwald heute, wenn internationale Umweltschutzorganisationen nicht seit Jahrzehnten mit weltweiten Kampagnen für seinen Schutz kämpfen würden? Wie weit könnten sich Menschenrechtsaktivisten in autoritären Staaten aus dem Fenster lehnen, wenn ausländische Akteure ihnen nicht den Rücken stärken würden? Und wie erfolgreich wäre die Arbeit mancher lokaler NGO, wenn ihr Anliegen nicht von einflussreichen Partnern unterstützt würde?

Internationale nichtstaatliche Organisationen (international non-governmental organisations – INGOs) spielen wichtige Rollen. Sie setzen Themen auf die globale Agenda, sie beeinflussen die Weltpolitik, und sie geben Menschen eine Lobby, die sonst keine hätten. Ein Beispiel: Mitte Juni wurde der tschadische Aktivist und E+Z-Autor Djerlar Miankeol verhaftet, weil er in einem Radiointerview Korruption im Justizapparat angeprangert hatte. Miankeol setzt sich mit seiner lokalen NGO Ngaoubourandi für die Rechte von Bauern im Süden des Tschads ein. Anfang Juli wurde er zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Amnesty International mobilisierte mit einer Eilaktion ein Netzwerk von Zigtausenden Unterstützern, um gegen die Festnahme und dann auch das Urteil zu protestieren. Ende Juli wurde Miankeol in der nächsten Instanz freigesprochen und durfte das Gefängnis verlassen. Wir wissen nicht, welchen Anteil daran die internationale Aufmerksamkeit für den Fall hatte. Wahrscheinlich säße Miankeol ohne den Einsatz von Amnesty aber noch im Gefängnis.

Manchmal übernehmen INGOs Aufgaben, mit denen Staaten überfordert sind. Das gilt besonders für Nothilfe, sei es nach einem Erdbeben, einer Überschwemmung oder Dürre. Bei der Ebola-Epidemie im vergangenen Jahr in Westafrika baute die INGO Ärzte ohne Grenzen Behandlungszentren auf und arbeitete präventiv – im Gegensatz zu den betroffenen Ländern verfügte sie über das nötige Personal und die Erfahrung. INGOs springen auch ein, wo Verantwortliche bewusst wegsehen. Niemand würde die Rohingya in Myanmar versorgen, wenn Organisationen wie Malteser International es nicht täten.

Auf der Bühne der Weltpolitik, in der öffentlichen Wahrnehmung und in Bezug auf Ressourcen und Einflussmöglichkeiten dominieren die großen INGOs aus den Industrieländern. Sie sprechen auf UN-Gipfeln und agieren hinter den Kulissen, sie formulieren Politik mit und gestalten Völkerrecht. Sie vertreten die Interessen von Gruppen, von deren Realität sie zuweilen weit entfernt sind. Manche Betroffenen finden das anmaßend. Nicht jede Sexarbeiterin möchte, dass Amnesty International bestimmt, was das Beste für sie ist. Manche fühlen sich ausgebootet. Lokale NGOs, die Einzelinteressen oft kleiner Gruppen vertreten, finden auf Weltklimakonferenzen und Weltgipfeln kein Gehör – so laut rufen die „großen“.

Wichtig sind beide: sowohl die lokalen Organisationen als auch die globalen Player. Beide haben zurzeit mit der Beschneidung ihrer Handlungsmöglichkeiten zu kämpfen, denn autoritäres Regierungsgebaren richtet sich von Kenia bis Kambodscha, von Russland über China bis Indien zunehmend gegen zivilgesellschaftliches Engagement. Gegen diese Repression müssen alle gemeinsam kämpfen: lokale und internationale Organisationen, Politik und Zivilgesellschaft, Geber und Empfänger, Aktivisten, Journalisten und einfache Bürger. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement ist Politik ein Top-down-Spiel, dem die Graswurzeln fehlen. ←



Katja Dombrowski
ist Redakteurin bei E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Monitor

UN-Gipfel zu Sustainable Development Goals / Schutz vor islamistischer Propaganda und Rekrutierungsversuchen / Bodenschätzeausbeutung gefährdet indigene Gruppen / Kontra-produktive Gesetze zu indigener Partizipation an Politik in Latein-amerika / Weltbank-Studie über afrikanische Rentensysteme / Heutzutage: Destruktive Holzkohleproduktion in Malawi / Impressum 4

Schwerpunkt: Internationale nicht-staatliche Organisationen (INGOs)

Agnes Abuom:
INGOs erweisen sich als nützlich, haben aber auch Schattenseiten 14

Aditi Roy Ghatak:
INGOs tun Indien gut, aber die Regierung ärgert sich über „Einmischung in innere Angelegenheiten“ 16

Antonio Tujan Jr.:
INGOs lassen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem globalen Süden zu wenig Raum auf interantionaler Bühne 18

Charlotte Dany und Andrea Schneiker:
Wissenschaftler streiten über die Rolle und den Nutzen der INGOs 21

Helene Wolf und Åsa Månsson:
INGOs müssen sich neuen Herausforderungen stellen 24

Interview mit Selmin Çalıykan:
Amnesty International hängt von Menschenrechtsaktivisten ab – und schützt sie 26

Bernhard Felmberg:
Religionsgemeinschaften haben entwicklungsrelevanten, nichtstaatlichen Einfluss 28

Tribüne

Leonardo Rossi:
Vom Traum zum Albtraum: Rinderzucht in Argentinien 32

Laura Rupp, Maxi Springsguth und Alfons Üllenberg:
Im südlichen Afrika brauchen internationale Naturparks stimmige Managementkonzepte 34

Nabiela Farouq und Ulrich Nitschke:
Entwicklungszusammenarbeit mit islamischen Institutionen 36

Martina Sabra:
Langsamer Wandel der Geschlechterrollen in muslimischen Kulturen 40

Debatte

Chinas grenzüberschreitendes Interesse am Ausbau von Infrastruktur / Eingeschränkte Pressefreiheit in Ägypten / Aussichten des Pariser Klimagipfels im Dezember / Deutschlands neue Willkommenskultur 42

Tribüne



Burchberger

Im Dienste der Natur

Tourismus kann und muss zum Erfolg von Naturschutzgebieten beitragen. Das ist eine der vielen Aufgaben, denen sich die Leiter der grenzüberschreitenden Parks im südlichen Afrika stellen müssen. **Laura Rupp, Maxi Springsguth und Alfons Üllenberg** vom Berliner SLE haben von der GIZ unterstützte Projekte evaluiert. [Seite 34](#)

Die Rechte muslimischer Frauen

In den Ländern, die vom Islam geprägt sind, verändern sich die Geschlechterrollen. Der Fortschritt mag langsam erscheinen, aber er wirkt. Die Islamwissenschaftlerin **Martina Sabra** bespricht Publikationen zum Thema. [Seite 40](#)

Debatte



Nabil/AP Photo/picture-alliance

Begrenzte Pressefreiheit

In Ägypten schreibt die Regierung den Medien jetzt vor, wie sie berichten sollen, und lässt nur ihre eigene Version der Fakten gelten. Die Journalistin **Ingy Salama** kommentiert das neue repressive Gesetz. [Seite 43](#)

Lücken schließen

Die UN-Mitgliedstaaten haben eine neue Entwicklungsagenda beschlossen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) geben die Leitlinien für eine Entwicklung im Sinne von „Menschen, Planet und Wohlstand“ für die kommenden 15 Jahre vor. Die Ziele sind hochgesteckt und decken eine große Bandbreite wichtiger Themenfelder ab. Ihr Erfolg hängt von Finanzierung und Implementierung ab.

Agenda entstand im Laufe von zwei Jahren unter Beteiligung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie soll vollenden, was die MDGs nicht erreicht haben.

Rund 800 Millionen Menschen leben nach UN-Angaben noch immer in extremer Armut und hungern. 40 Prozent der Weltbevölkerung sind von Wasserknappheit betroffen, mit zunehmender Tendenz. Rund 946 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Toiletten. Und Geschlechtergerechtigkeit ist noch lange nicht erreicht, auch wenn Frauen stärker als früher in Parlamenten vertreten sind und mehr Mädchen zur Schule gehen. Dies sind nur einige der Lücken, die geschlossen werden müssen.

In der Präambel der Post-2015-Agenda heißt es, „die Beseitigung von Armut in allen Formen und Ausmaßen [...] ist die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung“. Laut UN gehen die SDGs, die aus 17 Zielen (s. Kasten unten) und 169 Unterzielen bestehen, weit über die MDGs hinaus, da sie die Grundursachen von Armut angehen und niemanden

ausschließen. An der MDG-Agenda hatte es unter anderem deshalb Kritik gegeben, weil sie Behinderte nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt habe. Die neuen Ziele hingegen betonen explizit Inklusion. Außerdem erkennen sie die Schlüsselrolle des Privatsektors – neben Staaten und der Zivilgesellschaft – für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung an.

Ein weiterer wichtiger Unterschied besteht darin, dass die neue Agenda nicht nur Entwicklungsländer, sondern alle Länder betrifft. Die Industriestaaten müssen sich vor allem in den Bereichen Konsum und Produktion bewegen. Außerdem befördern ihre Wirtschaftssysteme oft Ungleichheit.

Laut Oxfam können die SDGs nur dann erreicht werden, wenn die Politik dafür sorgt, dass die Ärmsten am meisten von wirtschaftlichem Wachstum profitieren. „Ohne Strategien zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit werden im Jahr 2030 noch über 200 Millionen Menschen in extremer Armut leben“, warnt die internationale NGO. Die Gewinne aus wirtschaftlichem Wachstum sickerten nicht von

Monitor

➔ Die UN-Mitglieder, die mit einer rekordverdächtigen Anzahl von Staats- und Regierungschefs vertreten waren, verabschiedeten das

Dokument mit dem Titel „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development“ am 25. September auf einem Sondergipfel in New York. Die SDGs sind das Nachfolgeprotokoll der auslaufenden Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), die die internationale Entwicklungspolitik über die vergangenen 15 Jahre leiteten. Die

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die von den UN beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs):

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben



Dieser ruandische Kuhhirte ist einer von rund 800 Millionen Menschen, die noch immer in extremer Armut leben.

selbst zu denen durch, die sie am dringendsten brauchen. Andere Kritiker bemängeln, dass die SDGs an der Vorstellung von Wirtschaftswachstum als Grundlage von Entwicklung festhalten. Sie sehen darin einen fundamentalen Widerspruch zum Prinzip der Nachhaltigkeit.

Erfolg hängt von Implementierung ab

Die Post-2015-Agenda ist zweifelsohne ambitioniert. Dank der Einbeziehung von Akteuren aus allen relevanten Bereichen deckt sie ein weites Themenspektrum ab. Ihr Erfolg wird an der Umsetzung gemessen werden. In diesem Zusammenhang ist

auch Kommunikation wichtig. Viele Menschen haben nie etwas von den MDGs gehört. Damit die SDGs nicht das gleiche Schicksal trifft, haben die UN eine große „Global Goals“-Kampagne gestartet.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Evaluierung. Experten zufolge sind bessere Daten unabdingbar, um Fortschritte zu messen. Statistische Daten seien oft ungenau oder von Geberinteressen geleitet, sie würden zu spät veröffentlicht, oder sie berücksichtigten marginalisierte Gruppen wie ethnische Minderheiten, Frauen, Senioren oder Behinderte nicht. Nach Informationen der internationalen Lobbyorganisation One werden ein Drittel aller Geburten und zwei Drittel aller Todesfälle

bei Neugeborenen und Kindern nicht registriert.

Viele wichtige Fragen sind noch offen, etwa wie Fortschritt gemessen werden soll und wer wofür Verantwortung trägt. Indikatoren für die Ziele werden derzeit entwickelt; bis März 2016 sollen sie vorliegen. Außerdem werden die einzelnen Länder ihre eigenen Indikatoren definieren.

Das Erreichen der SDGs steht und fällt mit zuverlässiger Finanzierung. 3 Billionen Dollar werden schätzungsweise jährlich benötigt. Der Aktionsplan, auf den sich die UN auf ihrer Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli geeinigt haben, bleibt jedoch eher vage und liefert keine verlässlichen Finanzierungsgrundlagen (siehe Kommentar von Bernd Bornhorst in E+Z/D+C e-Paper 2015/08, S. 43).

Während des SDG-Gipfels wurden Finanzierungszusagen gemacht. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon verkündete beispielsweise, dass Regierungen und internationale Organisationen mehr als 25 Milliarden Dollar zur Beendigung der Kinder- und Müttersterblichkeit versprochen hätten.

NGOs riefen die Länder dazu auf, verbindliche Zeitrahmen festzulegen, und wiederholten ihren Aufruf an die Industrienationen, endlich die lange zugesagten 0,7 Prozent ihres Wirtschaftsaufkommens für staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) auszugeben.

Katja Dombrowski

Links:

Die SDGs und relevante Themen:

<https://sustainabledevelopment.un.org/topics>

Oxfamstudie zu Ungleichheit und der Beseitigung von Armut:

<http://oxf.am/ZmJR>

Meldung

UN fordern Sondergericht für Kriegsverbrechen in Sri Lanka

Die UN wollen ein Sondergericht für Kriegsverbrecher in Sri Lanka einrichten. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Hussein, sagte bei der Vorstellung eines UN-Berichts in Genf, es sei „sehr wahrscheinlich“, dass beide Parteien in der

Endphase des Bürgerkriegs Kriegsverbrechen begangen hätten. Rebellen der Minderheit der Tamilen, die sogenannten Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), und Streitkräfte der Regierungarmee kämpften 26 Jahre lang gegeneinander. 2009 schlugen die Regierungstruppen den Aufstand endgültig nieder. Die UN-Untersuchung deckte unter anderem Folter,

Hinrichtungen und sexuellen Missbrauch durch Soldaten auf. Den Rebellen wirft sie Selbstmordanschläge, Morde und die Rekrutierung von Kindersoldaten vor.

Den Verantwortlichen für die grausamsten Verbrechen soll nach Wunsch der UN vor dem Sondergericht der Prozess gemacht werden. Das Gericht soll „hybrid“ sein. Typischerweise bedeutet das, dass

internationale und lokale Richter zusammenarbeiten und internationales und nationales Recht zur Anwendung kommt. Da Sri Lanka eine internationale Aufarbeitung bisher abgelehnt hat, könnte die gemischte Gerichtsform einen Kompromiss darstellen. Präsident Maithripala Sirisena hat versprochen, mit den UN zusammenzuarbeiten und die Versöhnung in seinem Land zu fördern. (kd)

„Wer unschuldige Menschen umbringt, ist kein Märtyrer“

Weltweit rekrutiert ISIS freiwillige Kämpfer und Anhänger. Besonders bei Jugendlichen versuchen die Extremisten ihr Glück.

➔ Über 20 000 Freiwillige aus dem Mittleren Osten und Nordafrika, aber auch Europa sind in den letzten Jahren nach Syrien gereist, um ISIS zu unterstützen. Die Motive der Jugendlichen seien sehr unterschiedlich, sind sich die Experten einig. Dennoch gebe es Parallelen, denn ISIS versuche jene zu erreichen, die geschwächt, frustriert oder schlecht integriert seien.

Der Imam Husamuddin Meyer ist Gefängnisseelsorger in einem deutschen Jugendgefängnis. Er berichtet, dass die Radikalisierung dort zunehme. Religiöse Extremisten redeten den Jugendlichen ein, dass sie nach all ihren Vergehen der Hölle nur noch entkommen könnten, wenn sie etwas Großes leisteten. In den Krieg zu ziehen oder gar ein Selbstmordattentat zu begehen seien Möglichkeiten. Außerdem setzten sie häufig bei den Identitätsproblemen von Jugendlichen aus Migrantenfamilien an, die sich oft weder in Deutschland noch im Heimatland der Eltern dazugehörig fühlen. ISIS biete ihnen eine Art übernationale Identität sowie die Chance, an „etwas Großem“ – der Wiederauferstehung des Kalifats – teilzuhaben.

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Frankfurter Rundschau und Deutscher Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) beklagte Meyer im September, dass muslimische Bildung in Deutschland zu selten auf Deutsch stattfinde. Folglich bleibe die junge Generation der Muslime, die hierzulande aufgewachsen sei, ausgeschlossen. Mangelnde religiöse Bildung sei jedoch ein Einfallstor für Extremisten. Jugendliche Häftlinge fragten ihn beispielsweise oft, ob der Islam Terrorismus erlaube. „Aber natürlich ist Terrorismus im Islam nicht erlaubt – und wer unschuldige Menschen umbringt, ist auch kein Märtyrer“, so Meyer.

Neben religiöser Bildung sei persönliche Unterstützung wichtig, argumentiert er: „Wenn wir es schaffen, dass Jugend-

liche ein bisschen mehr Selbstachtung bekommen, sinkt die Gefahr von Radikalisierung und Gewalt deutlich.“

In Afghanistan buhlen diverse radikale Gruppierungen um Anhänger. Masood Karokhail leitet die NGO „Liaison Office“. Er weist auf die Taliban hin, die große Teile des Landes kontrollieren. Außerdem gebe es eine Reihe neuer Gruppierungen. ISIS sei aber besonders gut organisiert und bringe viel Geld in ein armes Land. Die instabile Lage des Landes gebe den Extremisten viel Raum, besonders in ländlichen Gebieten. Der Staat, aber auch die Zivilgesellschaft seien überfordert.

Besonders bekümmert Karokhail der Trend zu Radikalisierung an Universitäten. Es sei nötig, mit radikalisierten Jugendlichen aus religiöser Perspektive zu diskutieren: „Wir müssen die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen mit religiösen Instanzen fördern.“ Er sagt, westliche Geber sollten das unterstützen.

In Jordanien steigen die Flüchtlingszahlen, was zu steigenden Spannungen

führt, wie Gudrun Kramer von GIZ berichtet. Ohnehin lebten bereits viele palästinensische Flüchtlinge in dem 6-Millionen-Einwohner-Land. Seit Ausbruch des Konflikts im Nachbarland sind weitere 600 000 Flüchtlinge dazugekommen. Anfangs habe die Bevölkerung sich solidarisch gezeigt, doch seitdem immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt strömten, die Lebenshaltungskosten und die Mieten steigen, steige auch die Gewaltbereitschaft, sagt Kramer. Wegen ihrer schwachen Sozialstrukturen böten Flüchtlingslager Extremisten Chancen; ISIS sei da nur eine extremistische Organisation unter mehreren.

Ähnlich schätzt Kramer die Lage im Libanon ein. Dort siedelten sich radikale Akteure gerne in UN-Lagern an, weil sie dort nicht der Kontrolle des libanesischen Staates unterstehen. Doch lange nicht alle Jugendlichen möchten sich den Extremisten anschließen, sagt sie: „Palästinensische Jugendliche zum Beispiel träumen oft in erster Linie von einem palästinensischen Staat, nicht vom Kalifat.“

Eva-Maria Verfürth



ISIS-Kämpfer marschieren 2014 in Raqqa in Syrien auf.



Erwan Rogard/picture-alliance/dpa

Anhänger von Balai Citoyen, der Bewegung für Demokratie, protestieren am 20. September in Ouagadougou gegen den Putsch.

Putschisten scheitern in Burkina Faso

Michel Kafando, der Übergangspräsident von Burkina Faso, ist wieder im Amt, nachdem ein Staatsstreich gegen ihn gescheitert ist. Spitzenpolitiker der Economic Community of West African States (ECOWAS) flogen am 23. September nach Ouagadougou, Burkinas Hauptstadt, um sicherzustellen, dass der Putschist Gilbert Diendéré wirklich abtrat.

Diendéré befiehlt als General die Präsidialgarde. Er hatte Kafando festnehmen lassen und sich selbst zum Präsidenten erklärt. Es gab sofort Protestdemonstrationen, und mindestens zehn Menschen wurden getötet. Es zeichnete sich schnell ab, dass Diendéré sich auf seine Garde verlassen konnte, aber nicht vom Militär insgesamt unterstützt wurde. Während die ECOWAS den diplomatischen Druck erhöhte, umzingelten Streitkräfte

Ouagadougou und kündigten an, sie würden Diendéré und seine Männer entwaffnen.

Die Präsidialgarde war unter dem früheren Staatschef Blaise Compaoré, der angesichts einer breiten Demokratiebewegung vor einem Jahr zurücktreten musste, ebenso einflussreich wie gefürchtet. Diendéré ist ein enger Verbündeter Compaorés und half ihm 1987, den links-orientierten Militärherrscher Thomas Sankara zu stürzen. Diendéré gilt als gewaltbereit. Im Transitionsprozess war kürzlich erwogen worden, seine Garde aufzulösen. Nach ihrer Rückkehr ins Amt beschloss die Übergangsregierung, dies zu tun.

Gleich nachdem Diendéré nach der Macht griff, forderten die Afrikanische Union und die ECOWAS, er müsse Kafando wieder Platz machen. ECOWAS-Spitzenpolitiker schlugen eine Amnestie für die Putschisten vor. Zudem wollten sie Unter-

stützer Compaorés bei den Wahlen, die die Transition im Oktober beenden sollten, kandidieren lassen. Das widerspricht den Vorstellungen derer, die den Übergangsprozess in Burkina managen. Viele Burkiner lehnen zudem Straffreiheit ab. Kafando legte sich in der ersten Rede, die er nach der Rückkehr an die Macht hielt, nicht auf die ECOWAS-Vorschläge fest. Die Wahlen, die am 11. Oktober stattfinden sollten, werden laut Übergangsregierung nun um einige Wochen verschoben. (dem)

Neue Verfassung für Nepal

Nepals verfassungsgebende Versammlung hat mit einer Mehrheit von über 90 Prozent ein neues Grundgesetz verabschiedet. Es ist seit dem 20. September in Kraft. Das Land besteht nun aus neun Provinzen, die alle einen eigenen

Landtag und eine eigene Regierung bekommen werden. Es gibt aber Streit über den Verlauf der Provinzgrenzen, und Randgruppen agitieren gegen die neue Verfassung. In vier Wochen wurden laut Schätzungen bei Unruhen rund 40 Menschen getötet, darunter auch Polizisten.

2006 hatte ein Friedensabkommen den langen Bürgerkrieg in Nepal beendet; eine Übergangsregierung trat 2007 in Kraft. Seither hat es aber kaum Fortschritte gegeben, und viele Nepalesen sind empört darüber, dass ihr Staat vom schweren Erdbeben im April überfordert war. (dem)

Friedensprozess in Kolumbien kommt voran

Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos hat Rodrigo Londono alias „Timochenko“, dem Oberhaupt der FARC-Milizen, in Havanna demonstrativ die Hand gegeben. Dort finden die Friedensverhandlungen statt. Santos und Londono versprochen, bis zum 23. März werde es einen abschließenden Friedensvertrag geben. Der öffentlich bekundete Optimismus ist begründet, denn ein schwieriges Verhandlungsthema – die juristische Aufarbeitung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs – ist geklärt. Es soll eine Generalamnestie geben, von der aber alle Täter ausgenommen werden, die sich nicht zu ihren Taten bekennen. Sie soll auch nicht für schwere Menschenrechtsverletzungen gelten. Die juristischen Regeln betreffen alle Konfliktparteien, einschließlich diverser Rebellengruppen, paramilitärischer Organisationen und regulärer Sicherheitskräfte. Details darüber, wie das System funktionieren wird, wurden noch nicht veröffentlicht. (dem)

„Uns bleibt nur der Tod“

Rund 450 Millionen Angehörige von 5000 indigenen Völkern weltweit leben in der Regel eng mit der Natur verbunden. Klimaveränderungen, aber auch rapide Industrialisierung gefährden ihre Lebensweise. Setzen sie sich gegen Konzerne oder Regierungen zur Wehr, droht ihnen aber rücksichtslose Repression.

➔ Für viele Politiker hat Wirtschaftswachstum Vorrang, wobei Umweltschutz und Menschenrechte oft zu kurz kommen. Zudem machen sich die negativen Auswirkungen des Klimawandels zunehmend bemerkbar. In ihrem frisch veröffentlichten Report „Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr“ zeigt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf, dass die Lebenswelt indigener Gruppen besonders betroffen ist. Zugleich sind Menschen, die sich gegen den Raubbau an der Natur wehren, extrem bedroht.

Zehn Länderbeispiele – unter anderem Honduras, Mexiko, Indien und Brasilien – illustrieren, wie rücksichtslos Konzerne

oder Großgrundbesitzer vorgehen, wenn Indigene für den Erhalt der Natur eintreten und beispielsweise Bauprojekte in Frage stellen. Lateinamerika ist besonders betroffen. Am Beispiel Honduras zeigt die GfbV auf, wie indigene Umweltaktivisten systematisch kriminalisiert und verfolgt werden. In dem kleinen mittelamerikanischen Staat leben neun indigene und afro-honduranische Völker, die zusammen schätzungsweise 1,27 Millionen Menschen haben. Staatliche Volkszählungsstatistiken gibt es für ethnische Minderheiten nicht.

Die Indigenen haben sich in einer zivilgesellschaftlichen Organisation namens COPINH („Council of Popular and Indigenous Organizations of Honduras“ – „Ziviler Rat der Indigenen Organisationen von Honduras“) zusammengeschlossen. Sie wollen gemeinsam gegen Megaprojekte vorgehen, bei deren Umsetzung viele Dörfer enteignet werden und die Umwelt zerstört wird. Ein Beispiel ist das Staudammprojekt Agua Zarca in der Region Río Negro, das auf dem Gebiet der Lenca entstehen soll. Dieses Volk ist mit 100 000

Angehörigen die größte indigene Gemeinschaft in Honduras, aber nun droht den Menschen durch das gigantische Bauvorhaben die Vertreibung von ihrem Land. Die Lenka wurden im Vorfeld des Staudammprojektes weder konsultiert noch an Entscheidungen beteiligt.

Widerstand gegen Megaprojekte zu leisten ist lebensgefährlich. Von 2010 bis 2014 sind 101 Menschenrechtsverteidiger und Umweltschützer in Honduras bei Protesten getötet worden, wie die zivilgesellschaftliche Organisation „Global Witness“ berichtet. Da sich die Umweltschützer meist für indigene Interessen einsetzen und oft selbst zu einer indigenen Gemeinschaft gehören, machen solche Morde keine Schlagzeilen. Das schätzt auch die GfbV so ein: „Die Probleme indigener Gemeinschaften stoßen in der honduranischen Öffentlichkeit meist auf wenig Interesse.“

Ähnlich geht es in Südargentinien zu, wo die Mapuche-Minderheit gegen die Öl- und Gasförderung in Patagonien kämpft. Das Fracking, das dort betrieben wird, vergiftet das Trinkwasser, und lebenswichtige Lagunen werden mit Öl und Metallen wie Arsen belastet. Protestierende Mapuche werden kriminalisiert, aber wer sich nicht wehrt, leidet unter den Folgen der Umweltzerstörung. So sagte die inzwischen verstorbene argentinische Mapuche-Aktivistin Tina Linkopán über das vergiftete Wasser in ihrer Heimat: „Das Einzige, was uns bleibt, ist der Tod.“

Honduras und Argentinien sind nur zwei Beispiele von Entwicklungen, die weltweit ähnlich verlaufen. Die GfbV will die Stimmen der bedrohten Indigenen unterstützen – und das gilt auch für den Pariser Klimagipfel im Dezember. Dort gehört aus Sicht der GfbV die spezielle Gefährdung von Indigenen auf die Tagesordnung. *Sheila Mysorekar*

Eine Aktivistin steht vor dem Büro der zivilgesellschaftlichen Organisation COPINH, die sich für die Rechte der Indigenen einsetzt, in La Esperanza, Intibucá, Honduras.



picture-alliance/dpa

Links:

Gesellschaft für bedrohte Völker: Report „Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr“.

https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2015/MenschenrechtsreportNr.77-IndigeneUmweltaktivisten_aktualisiert.compressed.pdf

Global Witness, Honduras-Bericht: „How many more?“

<https://www.globalwitness.org/campaigns/environmental-activists/how-many-more/>

Mangelhafte Umsetzung

Die Rechte indigener Völker in Lateinamerika werden heute weitaus besser geschützt als früher. So schreiben 15 der 19 lateinamerikanischen Staaten eine Beteiligung betroffener indigener Gruppen beim Rohstoffabbau gesetzlich vor. In der Praxis sind die Anhörungen jedoch häufig mangelhaft. Anstatt Konflikte zu entschärfen, tragen sie in manchen Fällen sogar zu deren Eskalation bei.

➔ Lateinamerika erlebt einen Rohstoffboom. Seit den 1990er Jahren nehmen die Exporte von Gütern aus dem Bergbau-, Erdöl- und Erdgassektor stark zu, seit der Jahrtausendwende schnellen außerdem die ausländischen Investitionen in diesen Bereichen in die Höhe. Häufig geschieht der Rohstoffabbau in Gegenden mit indigener Bevölkerung (siehe Artikel von Sheila Mysorekar auf vorhergehender Seite). Deren Rechte werden seit den 1990er Jahren verstärkt anerkannt. 1991 trat das ILO-Übereinkommen 169 über die Rechte indigener Völker in Kraft; 15 lateinamerikanische Staaten haben es ratifiziert.

Von besonderer Bedeutung ist das Recht auf vorherige Anhörung, das die Studie „Rohstoffabbau in Lateinamerika:

Fehlende Bürgerbeteiligung schürt Konflikte“ des GIGA-Instituts für Lateinamerikastudien untersucht. Demnach müssen indigene Gruppen, die von Gesetzen oder Projekten betroffen sind, vor deren Verabschiedung beziehungsweise Durchführung konsultiert werden. Dieses Recht geht über das Recht der nichtindigenen lokalen Bevölkerung hinaus, die zwar ebenfalls über Großprojekte informiert, aber nicht in gleichem Umfang beteiligt werden muss.

Die Konsultationen indigener Gruppen sollen mögliche Menschenrechtsverletzungen und Bedenken der Anwohner im Zusammenhang mit geplanten Projekten sichtbar und gemeinsame Lösungen möglich machen. Diese können zum Beispiel in einer Veränderung des Projekts, in Kontrollmechanismen oder in einer Teilhabe der Betroffenen an den erwarteten Gewinnen bestehen. Ziele sind auch Umweltschutz und der Erhalt der Biodiversität.

Die Autoren der Studie haben allerdings große Mängel bei der Umsetzung der Mitbestimmungsrechte indigener Völker im Zusammenhang mit dem Rohstoffabbau festgestellt. Sowohl lateinamerikanische Regierungen als auch die großen Rohstoffkonzerne boykottieren demnach die ent-

sprechenden Gesetze. Konsultationen finden entweder gar nicht statt oder zu spät, sie würden unter Zeitdruck durchgezogen oder falsche oder mangelhafte Informationen zur Verfügung gestellt.

Auch die indigenen Gruppen trifft Kritik: Sie nutzen die Anhörungen vor allem dazu, möglichst hohe Entschädigungen und Zuwendungen auszuhandeln. Der Schutz von Menschenrechten und der Umwelt stehe hingegen nicht im Vordergrund.

Die Autoren der Studie identifizieren drei Hauptgründe für die Mängel der gegenwärtigen Form der Beteiligung:

- Extreme Machtunterschiede zwischen Staat und Unternehmen auf der einen und indigenen Organisationen auf der anderen Seite machen einen gleichberechtigten Dialog fast unmöglich.
- Gemeinsame Lösungen und echte Kompromisse werden nicht ernsthaft angestrebt. Die Anliegen und Vorschläge konsultierter Gruppen werden nicht ernst genommen.
- Den staatlichen Institutionen fehlen politischer Wille und Unabhängigkeit, um für einen gerechten Interessenausgleich zwischen wirtschaftlichen Zielen und sozialen, kulturellen und ökologischen Anliegen zu sorgen.

Fehlende oder mangelhafte Bürgerbeteiligung schürt in vielen Ländern Lateinamerikas Konflikte und führt zu Protesten der Bevölkerung, die zum Teil in Gewalt münden. Allein in Peru, dessen Parlament das Gesetz zur vorherigen Anhörung 2011 verabschiedet hat, starben seitdem Dutzende Menschen in Ressourcenkonflikten. Somit trägt das verbrieftete Recht in der Realität wenig zum Schutz indigener Rechte bei. Stattdessen bergen mangelhafte Beteiligungsverfahren der Studie zufolge das Risiko, dass marginalisierte Gruppen noch weiter marginalisiert werden und dass die Positionen sich verhärten und Konflikte eskalieren.

Katja Dombrowski

Links:

GIGA-Studie:

<https://www.giga-hamburg.de/de/publication/rohstoffabbau-in-lateinamerika-fehlende-b%3bc3%bcrgerbeteiligung-sch%3bc3%bcr-konflikte>

Atlas über Ressourcenkonflikte:

<http://ejatlas.org>



Demotix/picture-alliance

Afrikanische Rentensysteme

Einer aktuellen Weltbank-Studie zufolge haben neun Länder südlich der Sahara Rentenzahlungen eingeführt, die nicht auf Beitragszahlungen beruhen, und in vier weiteren Ländern laufen Pilotprojekte.

➔ Autor Mark Dorfman urteilt, solche Modelle könnten für die Armutsbekämpfung wichtig sein, weil sie Menschen ohne Sicherung erreichten und deren Situation verbesserten.

Das gilt besonders, weil Landwirtschaft und informelle Beschäftigung afrikanische Volkswirtschaften prägen. In diesen Bereichen ist es kaum möglich, die Art von Rentenversicherung mit Pflichtbeiträgen einzuführen, mit denen wohlhabende Länder typischerweise ihre Alten absichern. Entsprechend sind selbst bescheidene Rentenleistungen, die allen Menschen jenseits einer bestimmten Altersschwelle zukommen, stimmig.

Dennoch hält sich Dorfman bei der Empfehlung dieses Konzepts bedeckt. Er weist auf die Grenzen nationaler Haushalte hin und betont, Regierungen müssten auch andere arme Personengruppen bedenken, vor allem Kinder. Er will Reformen zudem auf eine Weise konzipiert sehen, die weder Anreize zu privatem Sparen einschränkt noch langfristig die Einführung von beitragsfinanzierten Renten behindert. Zugleich stellt er aber unmissverständlich klar, dass die derzeitigen Alterssicherungssysteme in Afrika nicht genügen, weil viel zu viele Menschen gar



Großmutter im ländlichen Südafrika.

nicht erfasst werden und viele andere trotz Rentenzahlungen arm bleiben.

Dorfman weist darauf hin, dass in Afrika anders als in Europa oder Nordamerika arme alte Menschen nur selten alleine leben. Folglich könnten viele von genereller Unterstützung für arme Haushalte profitieren. Er untersucht aber nicht, ob solche Förderung sinnvollerweise über die jeweils Haushaltsältesten laufen könnte.

Diese Frage ist aber relevant, denn bekanntlich teilen Menschen in Entwicklungsländern ihre Ressourcen in der Großfamilie (siehe auch Interview mit Markus Loewe in E+Z/D+C e-Paper 2015/08, S. 18 ff). (dem)

Link:

Weltbank: Pension patterns in sub-Saharan Africa. <http://documents.worldbank.org/curated/en/2015/07/24786040/pension-patterns-sub-saharan-africa>

Meldung

Präsidentenwahlen in Guatemala

In der Schlussrunde der Präsidentschaftswahlen in Guatemala tritt Sandra Torres nächsten Monat gegen Jimmy Morales an. Die ehemalige First Lady gehört dem Mitte-links-Lager an, wohingegen der TV-Komiker Morales vom Militär und von Wirtschaftskreisen unterstützt wird. In der ersten

Runde gewann Morales etwa ein Viertel der Stimmen, während Torres und Manuel Baldizón, ein konservativer Politiker, beide auf knapp 20 Prozent kamen.

Als sich bei der endgültigen Stimmauszählung abzeichnete, dass Torres rund 6000 Stimmen mehr als er erhielt, zog Baldizón sich zurück und legte auch sein Amt als Parteivorsitzender nieder. Er beschwerte sich über

Wahlmanipulationen. Allerdings belegten Videos, die im Internet veröffentlicht wurden, dass er selbst sich auch nicht immer an alle Regeln hielt.

Unterdessen fordern Oppositionelle im Nachbarland Honduras auch für ihren Staat eine internationale Kommission zum Kampf gegen die Straflosigkeit, um Verbrechen von Amtsinhabern zu untersuchen. Ihr Vorbild

ist die International Commission against Impunity in Guatemala, die dieses Jahr mehrfach Schlagzeilen gemacht hat. Sie deckte Korruptionsnetzwerke auf und trug so dazu bei, dass Otto Pérez Molina vom Präsidentenamt zurücktreten musste. Gegen ihn wird nun ein Strafverfahren eingeleitet. Seine Amtszeit war fast zu Ende; die aktuellen Wahlen in Guatemala sind turnusgemäß. (dem)

Heutzutage: Kohle statt Bäumen

Das Management natürlicher Ressourcen in Malawi funktioniert ausgesprochen schlecht. Politiker sollen an illegaler Abholzung beteiligt sein und Stimmenfang betreiben, indem sie Wälder für landwirtschaftliche Bewirtschaftung freigeben. Im Waldschutzgebiet Dzalanyama zum Beispiel sind ganze Karawanen illegaler Kohle- und Feuerholzhändler mit Kohlesäcken auf ihren Fahrrädern unterwegs. Im gesamten Schutzgebiet gibt es Kohlebrennereien – gut sichtbar für die Wachleute, deren Aufgabe der Schutz des Waldes ist.

Viele Bäume wurden gefällt. Dabei ist das Waldschutzgebiet ein Wassereinzugsgebiet des Flusses Lilongwe, der fast die Hälfte der Einwohner der gleichnamigen Hauptstadt mit Wasser versorgt.

Wenn die Abholzung im gleichen Tempo weitergeht, ist der Lilongwe in drei bis fünf Jahren ausgetrocknet. Dann droht eine gefährliche Wasserknappheit. Die Regierung hat Streitkräfte ins Waldschutzgebiet geschickt, um den illegalen Raubbau aufzuhalten.

Die Wirkung ist jedoch gering. „Wir haben hier keine Soldaten gesehen“, sagt Kohleverkäufer Thokozani Kumanda. Ebasi Sakisoni, 45 Jahre alt und Vater von sieben Kindern, schiebt ein mit Feuerholz beladenes Fahrrad. Ihm ist bewusst, dass der einst artenreiche Wald aufgrund der Abholzung heute leergefegt ist. Das hält ihn aber nicht ab: Er sieht den Verkauf von Feuerholz als gutes Geschäft an – solange „man keine Wachleute trifft, die das Holz konfiszieren“.



Die Zahl der Soldaten reicht für die gesamte Fläche von 989 Quadratkilometern bei weitem nicht aus. Ihr Einsatz ist zudem laut Bright Msaka, Minister für natürliche Ressourcen, Energie und Bergbau, eine „vorübergehende Maßnahme“.

Die Forstbehörde hat berechnet, dass die Biomasse im Waldschutzgebiet Dzalanyama aufgrund der Kohleproduktion für den heimischen Bedarf um jährlich 439 000 Tonnen dezimiert wird. 80 Prozent der Kohle, die in der Hauptstadt verfeuert wird, stammen aus Dzalanyama.

Die Armutsrate beträgt um die 50 Prozent. Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität, und diejenigen, die ans nationale Netz angeschlossen sind, zahlen horrenden Strompreise. Schätzungsweise 12 Prozent der 15,3 Millionen

Malawier beziehen Strom aus Wasserkraft.

Das mangelhafte Management natürlicher Ressourcen ist mitverantwortlich für die Entwaldung, die Umweltexperten zufolge mit einer Rate von jährlich 2,6 Prozent voranschreitet. Eine Studie aus dem Jahr 2011 von der malawischen Regierung, dem United Nations Development Programme (UNDP) und dem United Nations Environment Programme (UNEP) kommt zu dem Ergebnis, dass der nicht nachhaltige Verbrauch natürlicher Ressourcen das Land 5,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts kostet.

Daulos Mauambeta, Umweltexperte und ehemaliger Leiter der Wildlife and Environmental Society of Malawi, sagt, die Regierung sei dabei, „den Kampf zu verlieren“.

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

Raphael Mweninguwe

ist freier Journalist in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com



Impressum

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
56. Jg. 2015
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Herausgeberin:



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

Beirat:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

Verlag:

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

Anschrift von Verlag und Redaktion:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Redaktion:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk, Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euз.editor@fs-medien.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

Grafik und Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung:

Eleonore von Bothmer, Carola Torti

Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:

Klaus Hofmann (verantwortlich)
Tel. (0 69) 75 01-48 27
Fax (0 69) 75 01-45 02
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Druck:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

Bezugspreise für Druckausgabe:


Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Internationale NGOs

STOP POLITICAL KILLINGS!



A close-up photograph of a man, likely a human rights defender, wearing a white cap with the letters 'ART' on it. He is holding a large white sign that features a prominent female symbol (a circle with a vertical line and a horizontal line) and the words 'STOP POLITICAL' at the top. The man has a serious expression and is looking slightly to the left. In the background, there are red and yellow flags, suggesting a public demonstration or protest.

*Menschenrechtsverteidiger
auf den Philippinen.*

Zivilgesellschaftliches Engagement ist politisch wichtig. Das gilt zunehmend auch für die internationale Politik. Internationale nichtstaatliche Organisationen (INGOs – international non-governmental organisations) haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten erheblich an Einfluss gewonnen. Manche Beobachter finden das gut, andere äußern Kritik. INGOs verteidigen Menschenrechte, setzen sich für arme und marginalisierte Menschen ein und unterstützen den demokratischen Wandel. Andererseits dominieren INGOs aus reichen Ländern die Szene und drängen Organisationen aus Entwicklungsländern an den Rand. Obendrein hängen viele von der Förderung durch Geberregierungen ab. Es ist aber in jedem Fall inakzeptabel, wenn Regierungen, wie weltweit zunehmend der Fall, versuchen, den Raum für bürgerschaftliches Engagement wieder einzuengen.

INGOs in Afrika

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben bei Schlüsselthemen wie HIV/Aids, Frieden, nachhaltiger Entwicklung oder Frauenrechten politischen Einfluss. Die Kooperation nichtstaatlicher Organisationen aus Nord und Süd hat dazu beigetragen, dass gute Managementmethoden genutzt, Teilhabe an Entwicklung gefordert und der Ruf nach guter Amts- und Regierungsführung unterstützt werden. Leider hat die Zusammenarbeit aber auch Schattenseiten.

Von Agnes Abuom

➔ In Afrika ist die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen (civil-society organisations – CSOs) in den vergangenen Jahrzehnten rasant gewachsen. Ein Grund dafür war, dass die staatliche Finanzierung von Sozialprogrammen im Zuge der von Weltbank und Internationalem Währungsfonds geforderten Strukturanpassungen in den 80er und 90er Jahren deutlich zurückging. In gewissem Maß konnten nichtstaatliche Organisationen (non-governmental organisations – NGOs) die Lücken füllen.

Internationale NGOs (INGOs) waren für die Stärkung der afrikanischen CSOs wichtig. Letztere leisten nun Lobbyarbeit und unterstützen ausgegrenzte Gemeinschaften im Kampf für bessere Politik und bessere Lebensbedingungen. INGOs sind relevant, weil sie materielle Hilfe und Modelle für Management und Organisationswesen bieten. Geberregierungen ist klar, dass sie über INGOs recht unterschiedliche Zielgruppen in Entwicklungsländern erreichen können, und fördern INGOs entsprechend.

INGOs helfen örtlichen NGOs, Netzwerke zu knüpfen und Bündnisse zu schließen, was sie zu stärkeren Anwälten weitreichenden Wandels macht. Zugleich beeinflussen INGOs aber auch die Politik von Geberregierungen und ermöglichen es afrikanischen CSOs, mit diesen in Kontakt zu treten.

Örtliche CSOs übernehmen oft Aufträge im Rahmen von INGO-Projekten, aber sie erhalten auch Geld für ihre eigenen Maßnahmen. Besonders effektiv ist die Zusammenarbeit, wenn die Partner sich intensiv austauschen und ein gutes Kooperationsklima schaffen. Im Lauf der Jahre ist die INGO-Finanzierung für Vorhaben afrikanischer NGOs gestiegen, woran auch professionell gebundene Organisationen teilhaben.

Die INGOs liefern aber mehr als nur Geld, Wissen und Fachkenntnisse. Sie helfen, die Stimmen afrikanischer CSOs lauter erklingen zu lassen. In Afrika ist es um soziale Gerechtigkeit oft schlecht bestellt, und viele Regierungen machen es zivilgesellschaftlichen Akteuren schwer, sich politisch zu engagieren. Für afrikanische NGOs bedeuten Verbindungen zu INGOs

Schutz. Amnesty International, Human Rights Watch und andere INGOs weisen international immer wieder auf repressives Regierungshandeln hin. In der Tat agieren viele Amtsträger weltweit – auch in Kenia – zunehmend autoritär.

INGOs haben in Afrika geholfen, bürgerschaftliches Engagement und öffentliche Beteiligung an Politik zu etablieren. Ihre Öffentlichkeitsarbeit wendet sich gegen Machtmissbrauch. Sie fordern Rechtssicherheit und gute Amtsführung. INGOs treiben die Formulierung konkreter und umfassender Strategien voran und unterstützen alle die, die Wandel fordern.

Dank solcher Unterstützung konnten kenianische CSOs zum Demokratisierungsprozess beim Übergang vom Regime einer Staatspartei hin zu echten Wahlen mit Parteienwettbewerb beitragen. Religiöse Organisationen forderten beispielsweise solide Regierungsführung sowie Raum für das politische Agieren vielfältiger Akteure. Sie schützten die Organisatoren von Protesten. Später übernahmen die CSOs dann eine Führungsrolle bei der Entstehung der neuen kenianischen Verfassung. Nachdem der Prozess Jahrzehnte gestockt hatte, wurde das neue Grundgesetz 2010 endlich beschlossen.

Der Austausch zwischen internationalen und nationalen NGOs hat zudem das öffentliche Verständnis dafür wachsen lassen, wie Frieden, Rechtssicherheit und soziale Gerechtigkeit zusammenhängen. Heute sind INGOs in Kenia vermutlich in marginalisierten und vom Staat vernachlässigten Regionen am wichtigsten. Im Norden sorgen World Vision, Action Aid und andere dafür, dass Menschen in Not Lebensmittel und Wasser bekommen. Sie sind bei Hochwassern, Dürren oder Hungersnöten zur Stelle und sichern eine Grundversorgung.

Wettbewerb um Fachkräfte

Lange Zeit setzten örtliche NGOs vor allem Vorhaben um, für die ihre internationalen Partner die Mittel beschafften und Öffentlichkeitsarbeit machten. Mittler-



weile sind die afrikanischen CSOs aber selbstbewusst geworden, und das prägt nun ihre Interaktion mit den INGOs.

Eine große Zahl afrikanischer NGOs entstand in den frühen 90ern. Damals waren sie kaum in der Lage, Maßnahmen effizient und wirkungsvoll umzusetzen. Ihre Kapazitäten waren begrenzt, und die Geberorganisationen mussten auf gute Mittelverwendung bestehen. Aus gutem Grund fordern sie weiterhin stimmige Buchhaltung und Jahresbilanzen und kontrollieren die Einhaltung der Vorgaben mit ausgeklügelten Systemen. Das kann aber zu Spannungen und Streit führen, denn örtliche CSOs fühlen sich manchmal übergangen oder finden die Regeln zu streng. Es ist eine Balance nötig, die den Bedürfnissen aller Beteiligten entspricht. Afrikanische Organisationen müssen an der Formulierung der Regeln beteiligt werden.

Einige INGOs haben Büros in Afrika eingerichtet, unter anderem, um Finanzströme zu kontrollieren. Leider neigen diese Büros dann zu Micromanagement, womit sie die Eigenverantwortung der afrikanischen NGOs untergraben und deren Lernprozesse behindern. Wenn eine INGO ein Büro in einem Land hat, neigen dessen Mitarbeiter dazu, öfter Projekte zu besuchen. Das dient zwar dem Monitoring, erhöht aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass INGO-Manager zu viele Entscheidungen an sich ziehen. Die Prioritäten der INGOs übertrumpfen dann örtliche Prioritäten. Solches Gebaren behindert vor allem das Wachstum kleiner afrikanischer Organisationen.

Erschwerend kommt hinzu, dass INGOs in Afrika örtlichen Partnern Ressourcen wegschnappen. Sie sind darin geschickter, Anträge an Botschaften und Durchführungsorganisationen von Geberregierungen und multilateralen Institutionen zu stellen. Sie sprechen deren Sprache und kennen deren Regeln. Problematisch ist auch, dass INGO-Büros in Afrika die besten Fachkräfte einstellen. Sie werben sie lokalen CSOs ab. Afrikanische Organisationen können im Blick auf Gehälter und Arbeitsbedingungen nicht mit INGOs mithalten.

Manche INGOs entscheiden sich bewusst gegen nationale Büros in Afrika und beschäftigen stattdessen heimische Consultants. Brot für die Welt gehört dazu. Die Consultants kümmern sich dann nicht nur um Dinge wie Buchhaltung, sondern unterstützen das Capacity Development in der afrikanischen Zivilgesellschaft. Auf diese Weise lässt sich sicherstellen, dass die CSOs auf der nationalen Ebene gut arbeiten und Ergebnisse liefern.

Manchmal entsteht der Eindruck, die INGOs wollten mit ihrer starken Präsenz in Afrika örtliche CSOs in den Schatten stellen. Um Spannungen zu vermeiden, ist es sinnvoll, intensiv zusammenzuarbeiten und alle beteiligten Parteien in die Mitteleinwerbung einzubeziehen. Transparenz ist auch wichtig. Glücklicherweise wird der Austausch von INGOs und nationalen NGOs generell besser. Die afrikanischen Partner sind nicht mehr schüchtern und passiv, sie sind jetzt selbstbewusste Akteure, die mit darüber entscheiden wollen, was auf die Agenda kommt. ←

*Berufliche Bildung:
Frisiertraining bei einer
kenianischen NGO.*



Agnes Abuom

leitet TAABCO Research and Development Consultants in Nairobi. Sie hat für Brot für die Welt und andere internationale nichtstaatliche Organisationen gearbeitet. Sie ist zudem die Moderatorin des Zentralkomitees des Weltkriechrats.
taabco@taabco.org

Neuer indischer Autoritarismus

Internationale NGOs haben ihre Schwächen, aber sie haben viel Gutes für die indische Gesellschaft getan. Die Regierung dagegen verbittet sich jegliche „Einmischung in interne Angelegenheiten“ und macht ihnen die Arbeit schwer, etwa indem sie die Finanzierung nationaler NGOs aus dem Ausland beschränkt.

Von Aditi Roy Ghatak

➔ In den Dörfern des indischen Bundesstaats Andhra Pradesh sorgte eines Sommers eine merkwürdige Kampagne für Aufsehen: „Adoptiert eine Oma“. Eine internationale NGO (INGO), ausgestattet mit den besten Absichten und reichlich Geld, hatte an jedem erdenklichen Ort Poster aufgehängt. Offensichtlich war ihr nicht bewusst, dass indische Großmütter auf dem Dorf traditionell bei ihren Enkeln leben. Was die Kinder brauchten, waren Schulen, Medikamente und Spielplätze. Omas hatten sie bereits.

Trotz gelegentlicher Ignoranz auf Seiten von INGOs einerseits und beträchtlicher lokaler Entwicklungsbestrebungen andererseits kann Indien nicht auf die Präsenz globaler Organisationen verzichten. Der indische

Kinderrechtsaktivist Kailash Satyarthi hat den Friedensnobelpreis gewonnen, obwohl Indien seine Kandidatur nicht unterstützt hatte. Unterstützung kam aus dem Ausland.

Viele indische Aktivisten arbeiten erfolgreich im sozialen und ökologischen Bereich. Finanziert wird ihre Arbeit unter anderem durch die obligatorischen zwei Prozent ihres Gewinns, die indische Unternehmen für Corporate Social Responsibility ausgeben müssen. Jedes Jahr kommen so rund 20 Milliarden Rupien (300 Millionen Dollar) zusammen.

Die Unterstützung durch INGOs stärkt zivilgesellschaftlichen Organisationen in Indien und hilft ihnen, sich

Zigtausende NGOs helfen Menschen in Indien, ihre Rechte durchzusetzen, etwa diesen Frauen in Uttar Pradesh, die gegen gewalttätige Männer, Korruption und polizeiliche Willkür kämpfen.



Bohling/Photography

gegenüber Behörden besser zu behaupten – nicht zuletzt, weil internationale Aufmerksamkeit einen gewissen Schutz vor Repression bietet. Das zeigte sich zum Beispiel in der Unterstützung von Teesta Setalvad durch die Ford-Stiftung, als die Bürgerrechtlerin sich für unterdrückte Minderheiten im westindischen Bundesstaat Gujarat einsetzte, oder in dem internationalen Beistand für Anna Hazares Antikorruptionskampagne im Jahr 2011.

Ein weiteres Beispiel bietet Greenpeace Indien: Die Organisation setzt sich für lokale Gruppen ein, deren Rechte von der Bergbau-Mafia mit Füßen getreten werden. Ein derartiges Engagement ist den derzeitigen Machhabern so zuwider, dass sie nun die ausländische Finanzierung von NGOs beschneiden (siehe auch Artikel von Dinesh Sharma in E+Z/D+C 2015/03, S.43). Greenpeace Indien hat seit September keinen Zugang mehr zu ausländischem Geld.

Gleichermaßen warf die Regierung von Gujarat der Ford-Stiftung „Einmischung in interne Angelegenheiten“ und „Anheizen innergemeinschaftlicher Konflikte“ vor. Und Delhi hat den Zugang von Setalvads NGO zu ausländischen Geldquellen limitiert.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Die Ford-Stiftung ist seit 1953 in Indien aktiv und hat seitdem rund eine halbe Milliarde Dollar ins Land gebracht. Unter anderem hat die Stiftung Kampagnen für Bürgerrechte und Umweltschutz unterstützt, zwei bedeutende Bereiche in Indien. Menschenrechts- und Umweltaktivisten haben stark von der Unterstützung durch INGOs profitiert.

Internationale nichtstaatliche Organisationen können oft besser auf die Bedürfnisse der Menschen auf der Grassroots-Ebene eingehen als die staatlichen Entwicklungshilfe-Organisationen der Geberländer. Dabei beeinflussen Unternehmensinteressen selbstverständlich nicht nur die Regierungen reicher Länder, sondern auch die Zivilgesellschaft. Das zeigt sich zum Beispiel am Weltsozialforum, dem weltweit bedeutendsten Forum für NGOs, Interessengruppen, und andere formelle und informelle soziale Bewegungen. Es wird von Unternehmensstiftungen unter dem Dach der Engaged Donors for Global Equity (EDGE) finanziert.

Für indische Aktivisten ist die Dominanz der Experten aus dem Norden in der internationalen Zivilgesellschaft zuweilen befremdlich. Insgesamt ist der Einfluss von INGOs jedoch unzweifelhaft positiv zu bewerten.

Drei Millionen NGOs in Indien

In Indien soll es mehr als 3 Millionen – winzig kleine bis riesig große – NGOs geben. Rund 40 000 fallen unter Gesetze, die staatliche Finanzierung regeln. Von 2002 bis 2012 erhielten sie privaten Quellen zufolge Gelder in Höhe von 7 Milliarden Dollar unter dem Foreign Contribution Regulation Act (FCRA). Der Regierung zufolge

waren es sogar 14 Milliarden Dollar. Das meiste Geld kam von US-Organisationen, gefolgt von Organisationen aus Großbritannien und Deutschland.

2010 änderte die vorige Regierung den FCRA mit dem Ziel, aus dem Ausland finanzierte NGOs stärker zu kontrollieren. Seitdem verloren 13 500 NGOs ihre Registrierung, weil sie die geforderten Papiere nicht einreichten. Die aktuelle hindunationalistische Regierung sorgte sogar dafür, dass die Anwaltskammer des Obersten Gerichtshofs und der indische Tennis-Dachverband kein Geld aus dem Ausland mehr erhalten. Das Gleiche gilt für mehrere führende Bildungseinrichtungen wie die Jawaharlal-Nehru-Universität, den indischen Rat für landwirtschaftliche Forschung und die Sardar-Patel-Universität.

Ohne Zweifel ist die NGO-Community – mit all ihren Schwächen – ein Bollwerk der Demokratie. Es steht derzeit in Indien unter Beschuss. Die Regierung verbreitet die Message, dass ausländische Investitionen willkommen sind, internationales Engagement in nationale Menschenrechts- und Justizkonflikte jedoch nicht. Dieser Trend zum Autoritarismus zeigt sich leider auch in anderen Ländern, von Russland bis Uganda und von Kambodscha bis Kenia.

Priorität für die Regierung hat eine rasche Industrialisierung. Umweltschutz und die Rechte indigener Völker bleiben dabei auf der Strecke. Aus Sicht der Machthaber trägt internationale Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Opposition in Indien zur Be- oder sogar Verhinderung von Entwicklungsprojekten bei, etwa von Atomkraftwerken, Kohlekraftwerken, Wasserkraftwerken, Uranbergwerken und grüner Biotechnologie.

In der Tat hat sich die Anwesenheit großer, internationaler Organisationen positiv auf Kampagnen gegen den Bau von Atomkraftwerken ohne Bürgerbeteiligung und andere gesellschaftlich relevante Projekte ausgewirkt. 2014 stellten Wissenschaftler führender US-Universitäten auf der „Reinvent the Toilet Fair“ der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung in Indien Prototypen von Toiletten der nächsten Generation vor. Die derzeitige Anti-NGO-Haltung könnte derartige Formen der Kooperation zum Wohle Indiens beeinträchtigen und das Land um viele potenzielle Vorteile bringen, „nicht nur Geld, sondern auch reale Erfindungen und Innovationen“, warnt Thomas Blom Hansen, Professor für Südasiastudien an der Stanford-Universität in den USA.

Seine Professur ist übrigens nach Dhirubhai Ambani benannt, dem Gründer von Reliance Industries, dem größten Privatunternehmen Indiens und Sponsor der Stanford-Universität. Der Einfluss von Unternehmensinteressen fließt in der heutigen globalisierten Welt sowohl von West nach Ost als auch umgekehrt. Das Gleiche sollte für bürgerschaftliches Engagement gelten. ←

„Für Inder ist die Dominanz der Experten aus dem Norden zuweilen befremdlich.“



Aditi Roy Ghatak
ist eine indische Journalistin.
aroyghatak1956@gmail.com

Ungleiche Partner

Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) im globalen Süden hängen vom Geld internationaler nichtstaatlicher Organisationen ab. Sie finden auch im selben Maß Gehör bei Regierungen und internationalen Institutionen.

Von Antonio Tujan Jr.

➔ Die UN erkennen die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Beteiligung für die internationale Politik an. Allerdings stehen sie noch vor der Aufgabe, Stimmen aus Entwicklungsländern angemessenen Raum zu geben. Noch schwieriger ist es, diesen Raum den Armen und Ausgegrenzten zu gewähren, die in den betroffenen Ländern die Mehrheit stellen.

Im Sinne größerer Gleichberechtigung wollten die UN mehr Menschen als bislang üblich am Post-2015-Prozess zur Bestimmung der Folgeagenda für die Millenniumsentwicklungsziele beteiligen. Mit Online-Verfahren gelang auch ein gewisser Fortschritt. Allerdings haben in Entwicklungsländern vergleichsweise wenig Menschen Zugang zum Internet.

Noch wichtiger ist, dass Online-Beteiligung persönliche Präsenz bei Entscheidungsprozessen nicht ersetzen kann. Digitale Interaktion hat nicht dieselbe Wirkung wie strategisch konzipierter und auf Dauer angelegter persönlicher Austausch bei einer Serie internationaler Treffen. Es ist gut, dass CSOs mittlerweile auf solche Weise an UN-Verfahren im Kontext der Generalversammlung, von ECOSOC (United Nations Economic and Social Council) oder UNEP (United Nations Environment Programme) teilnehmen können und zu Teilnehmern an internationalen Multistakeholder-Foren wie dem UN Development Cooperation Forum oder dem Ernährungssicherheitskomitee der FAO (UN Food and Agriculture Organization) gemacht wurden.

Allerdings bleiben Stimmen aus dem globalen Süden trotzdem außen vor. Bei der internationalen Vertretung der Zivilgesellschaft haben internationale nichtstaatliche Organisationen (international nongovernmental organisations – INGOs) aus dem Norden eine monopolartige Stellung errungen. Bekannte, tatsächlich global aufgestellte INGOs wie Oxfam, Care oder Save the Children bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs. Viele andere, weniger prominente INGOs sind auch wichtig.

Sie stammen typischerweise aus Mitgliedsländern der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), in der die Gebernationen zusammengeschlossen sind. Meist stehen sie in engem Kontakt mit ihrer jeweiligen Regierung. Sie bekommen beispielsweise eine Basisförderung oder übernehmen Aufträge

für Entwicklungsprogramme und humanitäre Hilfe. Einen Teil ihres internationalen Engagements finanzieren sie aber auch mit kleinteiligem Spendensammeln und privaten Großspenden.

Zu den INGO-Tätigkeitsfeldern gehören Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyismus. Sie haben das Ohr ihrer nationalen Regierung, der UN, der Europäischen Kommission und anderer internationaler Institutionen. Das verleiht ihnen Einfluss, hilft ihnen aber auch bei der Mittelakquise. In erheblichen Maße hängen INGOs von den Regierungen und Institutionen ab, zu denen sie Verbindungen halten.

CSOs aus dem globalen Süden können von derartigen Zugang zu den mächtigsten Akteuren in der Weltarena nur träumen. Es gibt ohnehin kaum echte Süd-INGOs. Die wenigen, die es gibt, sind auch nicht auf Grund von Geberförderung groß geworden, sondern haben eine eigene Nische im internationalen System gefunden. Auf globaler Ebene sind etwa das Third World Network, IBON, CUTS und Focus on the Global South zu nennen. Auch spezialisierte Organisationen wie BRAC oder Grameen, die beide mit Mikrokrediten arbeiten, sind wichtig. Für einzelne Weltgegenden gibt es darüber hinaus noch mehr grenzüberschreitende CSO-Netzwerke.

■ Solche Strukturen sind aber Ausnahmen

Die meisten CSOs in Entwicklungsländern hängen auf doppelte Weise von INGOs aus dem Norden ab – von deren Geld und von deren Hilfe beim Zugang zu internationalen Treffen. INGOs bringen zu solchen Anlässen gern zur Förderung ihrer eigenen Agenda Delegationen ihrer Partnerorganisationen mit.

Die Eigeninteressen der INGOs dürfen nicht übersehen werden. Um arbeiten zu können, müssen sie vor allem Geld auftreiben. Ihr Management kennt sich gut damit aus, Spender und Freiwillige zu motivieren, Entwicklungsprojekte durchzuführen und Lobby- und PR-Arbeit voranzutreiben.

In gewissem Maß gleichen internationale Dachverbände von Organisationen mit hohen Mitglieds-



zahlen wie Gewerkschaften, Bauernverbänden oder Frauenorganisationen die INGO-Dominanz aus. Allerdings geben in diesen Dachverbänden meist ebenfalls Akteure aus dem Norden den Ton an. Und obendrein bestimmen oft die Geschäftsführungen der Dachverbände die politische Linie, wobei auch sie Eigeninteressen verfolgen.

■ Divergierende Forderungen

Die Post-2015-Debatte war aufschlussreich. INGOs mit staatlicher Förderung aus OECD-Ländern taten sich zusammen und ignorierten kritische CSOs und Massenorganisationen aus dem Süden weitgehend. Ihre Slogans machten das deutlich. Akteure aus dem Süden forderten „soziale Gerechtigkeit“ und den Abbau von Ungleichheit, während INGOs von „Beendigung der Armut“ redeten. Die CSOs aus dem Süden hatten eine andere Vision und formulierten andere Anliegen. Leider setzten sich die INGOs durch, was angesichts ihrer Geberförderung aber kaum überraschte.

All dies heißt nicht, dass CSOs aus dem Süden einfach nur INGO-Marionetten wären. Es geht vielmehr darum, dass sie weniger Aufmerksamkeit und Respekt bekommen, als ihnen zustehen.

Besonders ärgerlich war, dass asiatischen CSOs vorgeworfen wurde, sie unterlägen INGO-Imperialismus, als sie sich vor einigen Jahren gegen genmanipulierte Pflanzen aussprachen. In Wirklichkeit hatten asiatischen CSOs ihre Position aufgrund bitterer Erfahrungen mit Pflanzenschutz- und Düngemitteln selbstständig bezogen. Dennoch gelang es einem australischen Beraterbüro, sie mit beachtlichem Erfolg

dadurch zu diskreditieren, dass es auf ihre bekannten Beziehungen zu den INGOs hinwies.

Die systemische Dominanz der INGOs verstetigt und verstärkt in der globalen Arena die Machtverhältnisse. Im Großen und Ganzen bestimmen die OECD-Mitglieder die Tagesordnung und die Entscheidungen. Auf mehrfache Weise beanspruchen INGOs für sich die Vertretung der Armen der Welt. Ihr Einfluss entsteht vor allem durch ihre Mittelbereitstellung für Süd-CSOs. Letztlich florieren sie dank der Entwicklungspolitik der OECD-Mitglieder.

Es kommt nicht darauf an, wie wohlmeinend INGO-Manager sind. Ihr Einfluss ist systemisch. Ein paar INGOs – wie etwa auf besonders prominente Weise Action Aid – versuchen dem System zu entkommen und ihm entgegenzuwirken. Aber obwohl Action Aid seinen Zweigen im globalen Süden mehr Einfluss gegeben hat, sind sie immer noch keine authentischen Stimmen der ausgegrenzten Gemeinschaften und verteidigen weiterhin ihre eigene Machtposition.

Vielen INGO-Managern behagen diese Strukturen nicht. Sie äußern auch Kritik daran. Sie wissen in wachsendem Maße, dass sie nicht nur der Öffentlichkeit ihrer Heimatländer, sondern auch anderen Zielgruppen Rechenschaft schulden – ihren CSO-Partnern im Süden zum Beispiel und besonders den Armen dort. Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist aber schwerer, als ihn zu formulieren. INGOs können weiter arbeiten, ohne ihn zu erfüllen, aber kollabieren, wenn sie den Rückhalt zu Hause verlieren. Um die zivilgesellschaftliche Beteiligung an internationalen Beziehungen zu verbessern, sind schon einige sinnvolle Schritte getan worden, aber es muss noch viel mehr geschehen. ←

CSO-Konferenz im Vorfeld des High-Level Forum on Aid Effectiveness in Accra 2008.



Antonio Tujan Jr.
arbeitet für die unabhängige
IBON International Foundation
in Manila.
atujan@iboninternational.org

Maßstäbe

The CSO Partnership for Development Effectiveness (CPDE) ist ein Beispiel dafür, dass faire und gleichberechtigte Zusammenarbeit von Nord und Süd möglich ist. Die CPDE ist im Kontext der High-Level Forums on Aid Effectiveness entstanden, welche die OECD organisiert hatte und deren Agenda jetzt von der Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) weiterverfolgt wird.

Die CPDE vertritt die Zivilgesellschaft im Lenkungsausschuss der GPEDC. Sie profitiert von den Lektionen, die im Zuge der Aid-Effectiveness-Debatte im Lauf vieler Jahre gelernt wurden. Damit CSOs als glaubwürdige Akteure agieren können, müssen sie selbst wirkungs- und verantwortungsvoll handeln. Zu den wichtigen

Regeln, die verhindern, dass die Stimmen des globalen Südens in der internationalen Kooperation nichtstaatlicher Akteure untergehen, gehören:

- Plattformen müssen allen CSOs offenstehen und ihnen erlauben, selbst zu entscheiden, wie sie

mitmachen wollen.

- Mindestens 20 Prozent der Führungspositionen müssen feministischen Organisationen vorbehalten werden.
- Mehr als die Hälfte der Führungspositionen müssen Organisationen aus dem globalen Süden übernehmen.

Die CPDE stützt sich unter anderem auf Konzepte, die Betteraid, ein internationaler Dachverband von CSOs, entwickelt hat. Zudem wurde das Open Forum for CSO Development Effectiveness für offenen Austausch geschaffen. Es formulierte 2010 in Istanbul folgende acht Prinzipien für CSO-Wirksamkeit:

- Respekt und Förderung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit,
- Verkörperung von Gender-Gleichberechtigung bei gleichzeitiger Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen,



- Fokus auf Bürgerbeteiligung, demokratische Verantwortung und Mitsprache,
- Förderung ökologischer Nachhaltigkeit,
- Transparenz und Rechenschaftspflicht,
- Engagement für gleichberechtigte und solidarische Partnerschaften,
- Teilen von Wissen und gemeinsames Lernen und
- Anspruch auf die Verwirklichung positiven und dauerhaften Wandels.

Zwei weitere Modelle sind viel versprechend: der Civil Society Mechanism bei der

UN Food and Agriculture Organization und der neugeschaffene Asia-Pacific Regional CSO Mechanism bei der UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific. Beide sind aber noch nicht so ausgereift wie die CPDE und werden noch aufgebaut. Ihr Erfolg wird von den Anstrengungen der CSOs und ihrer vielfältigen Partner abhängen. Sie verdienen Aufmerksamkeit, weil die UN eine faire globale Partnerschaft, in der der globale Süden nicht zu kurz kommt, brauchen, um die Sustainable Development Goals zu erreichen. (at)

Kameramann bei einer NGO-Präsenzkonferenz am Rande des High-Level Forum on Aid Effectiveness 2008 in Accra.

Experten, Anwälte und Aktivisten

Internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs) sind von der Bühne der Weltpolitik nicht mehr wegzudenken. So vielfältig wie sie selbst sind die wissenschaftlichen Debatten über ihre Bedeutung und die Folgen ihres internationalen Engagements. Grob unterscheiden lässt sich eine kosmopolitische von einer kritischen Perspektive.

Von Charlotte Dany und Andrea Schneiker

➔ Kosmopoliten weisen INGOs aufgrund ihres Potenzials, die traditionelle Machtpolitik zwischen den Staaten herauszufordern, eine bedeutende, positive Rolle zu. Untermauert wird diese Position durch Beispiele erfolgreicher Einflussnahme auf politische Prozesse und das Verhalten anderer Akteure. Selbst in Bereichen sogenannter hoher Politik, die ins Zentrum staatlicher Souveränität eingreifen, konnten sie Einfluss nehmen.

Allein im Jahr 1998 gab es mehrere solche Erfolge: So führte die Arbeit der 1992 gegründeten Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen zum Abschluss der Ottawa-Konvention, der inzwischen 162 Staaten beigetreten sind. Zudem waren INGOs an der Formulierung des Römischen Statuts beteiligt, des völkerrechtlichen Vertrages zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes. Offiziell fanden die Verhandlungen zwischen Staatenvertretern statt, doch inoffiziell haben INGOs Regierungen mit Informationen unterstützt und beraten (Deitelhoff, 2006). Im selben Jahr musste das transnationale Unternehmen Shell sein Verhalten aufgrund weitreichender INGO-Proteste ändern und die Ölplattform Brent Spar nicht im Meer versenken, sondern rückbauen und an Land entsorgen. Vorangegangen war ein mehrjähriger medienwirksamer Protest, angeführt von Greenpeace.

Während internationale Politik zu Zeiten des Kalten Krieges eine mehr oder weniger exklusive Angelegenheit von Staaten war, ist es inzwischen selbstverständlich, dass Medien darüber berichten, dass INGOs Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern anprangern, sich für die Einhaltung von Arbeitsstandards in der globalen Textilbranche einsetzen oder nach Umweltkatastrophen humanitäre Hilfe leisten.

Insbesondere da INGOs keine staatliche Interessenpolitik verfolgen, sondern potenziell die Interessen betroffener Gruppen weltweit vertreten, gelten sie als Legitimitätsstifter für internationale Politik. Sie kön-

nen lokale Interessen und Themen auf die Agenda internationaler Organisationen bringen und tragen damit dazu bei, dass diese sichtbar werden und in den politischen Prozess einfließen.

In der vergangenen Dekade ist jedoch eine kritischere Perspektive auf INGOs stärker hervorgetreten. Sie verweist auf die Grenzen des INGO-Einflusses (Dany, 2013) und stellt Fragen zur ihrer Legitimität (Steffek/Hahn, 2010). Denn im Unterschied zu Regierungen sind INGOs nicht gewählt. Daher fehlt ihnen die notwendige demokratische Legitimation, um allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen. Auch kann ihre Legitimitätsstiftende Wirkung auf internationale Politik hinterfragt werden, da die Beteiligung von INGOs an internationalen Verhandlungen unter einem Nord-Süd-Gefälle leidet: INGOs aus dem „Globalen Süden“ nehmen eher selten an internationalen Verhandlungen teil, stattdessen sprechen Organisationen des „Globalen Nordens“ für Betroffene aus Entwicklungsländern.

Manchmal treffen INGOs aber auch verbindliche Entscheidungen, wenn auch nicht für die Allgemeinheit, sondern für bestimmte Gruppen. Dies trifft vor allem auf Organisationen zu, die Hilfsprogramme durchführen und zum Beispiel entscheiden, wer ihre Hilfe erhält und wer nicht. Zudem fühlen sich einige Gruppen, die von INGOs international vertreten werden, missverstanden und unangemessen repräsentiert, etwa Kinderarbeiter oder Sexarbeiterinnen (Hahn/Holzscheiter, 2013). Daher werden INGOs auch zu Recht dafür kritisiert, dass sie Machtverhältnisse in den internationalen Beziehungen zementieren, statt sie aufzubrechen (Sending/Neumann, 2006).

Das heterogene Feld zivilgesellschaftlicher Akteure

In den vergangenen vierzig Jahren ist die Zahl der INGOs von circa 2000 auf über 7000 angestiegen. Die

genaue Zahl anzugeben ist schwierig, da INGOs keine Völkerrechtssubjekte sind und es keine allgemeingültige Definition dessen gibt, was eine INGO ist. In der Wissenschaft werden unter Nichtregierungsorganisationen üblicherweise solche Organisationen verstanden, die nicht profitorientiert sind, unabhängig von staatlichem Einfluss gegründet wurden und unabhängig von staatlicher Finanzierung sind.

INGOs sind also weder staatliche Akteure noch Marktakteure, sondern sie werden dem sogenannten dritten Sektor zugeordnet, der den Bereich der Zivilgesellschaft umfasst (Frantz, 2010: 191). Internationale NGOs haben Mitglieder aus mindestens drei Ländern und arbeiten grenzüberschreitend. Sie haben eine feste Organisationsstruktur und unterscheiden sich damit von sozialen Bewegungen. Gleichwohl sind zahlreiche INGOs aus sozialen Bewegungen hervorgegangen, zum Beispiel Greenpeace aus der Umweltbewegung.

In der Realität finden sich jedoch zahlreiche Beispiele für Organisationen, die den genannten Kriterien nur teilweise entsprechen, aber dennoch gemeinhin als INGO bezeichnet werden. So führen zum Beispiel viele INGOs in der humanitären Hilfe Programme im Auftrag und finanziert von Regierungen durch und können daher nicht als unabhängig bezeichnet werden. Die Frage, was eine INGO ist, kann zudem politische Relevanz bekommen, wenn damit die Anerkennung bestimmter Rechte verbunden ist, zum Beispiel im Kontext der UN. So führt der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) eine Liste von NGOs, die berechtigt sind, an internationalen UN-Konferenzen und vorbereitenden Treffen teilzunehmen. Die UN akkreditieren jedoch auch solche Organisationen als INGOs, die dem Bereich des Marktes zuzuordnen sind, zum Beispiel die World Nuclear Association, ein Interessenverband der Atomindustrie.



Charlotte Dany
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Institut für
Politikwissenschaft der
Goethe-Universität Frankfurt.
c.dany@soz.uni-frankfurt.de

Unterschiedliche Rollen

INGOs nehmen verschiedene Rollen in der Weltpolitik ein, die jeweils unterschiedliche Einflussmöglichkeiten, Restriktionen und Legitimationsproblematiken mit sich bringen. Sie treten einerseits als Experten und Diplomaten auf, andererseits als Advokaten für bestimmte Themen oder Gruppen und auch als Protestierende und Aktivisten. In ihrer Funktion als Experten und Diplomaten arbeiten sie eng mit Staaten zusammen. INGOs verfügen oft über umfassendes Wissen in einem bestimmten Sachbereich und beraten daher andere Akteure, denen diese Expertise fehlt – zum Beispiel kleinere Länder zur Klimapolitik.

Manchmal vertreten INGOs sogar Regierungen, etwa während des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft 2005, wo Vertreter von INGOs und Unternehmen wegen ihres Sachverständnisses zum Thema In-



Martin Zinggl/Ärzte ohne Grenzen

ternet Governance in die Regierungsdelegation aufgenommen wurden. Bei der Ebola-Epidemie in Westafrika 2014 wurde deutlich, dass insbesondere die INGO Ärzte ohne Grenzen über die notwendige Expertise und das Personal verfügte, um Behandlungszentren zu errichten und zu betreiben, so dass sie zentrale Gesundheitsfunktionen übernahm.

Als Diplomaten sind INGOs auch hinter den Kulissen der internationalen Politik aktiv und beispielsweise an der Formulierung neuer Regeln und Normen beteiligt. Insbesondere wenn es um die Etablierung von Standards für transnationale Konzerne geht, sollen INGOs oftmals die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Interessen sicherstellen. Im Rahmen des Forest Stewardship Council (FSC) haben zum Beispiel unter anderem Vertreter von NGOs internationale Standards zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern einschließlich eines Zertifizierungssystems für Forstbetriebe und Produktketten sowie des FSC-Gütesiegels entwickelt. Während es sich bei solchen Prozessen um eine freiwillige Selbstregulierung handelt, sind INGOs auch an der Weiterentwicklung des Völkerrechtes beteiligt.

Dies alles ergänzt ihre Aufgaben als Advokaten der Schwachen, Ungeschützten und Unterrepräsentierten auf der ganzen Welt. So können Umweltorganisationen sich für vom Aussterben bedrohte Tierarten einsetzen, oder Menschenrechtsorganisationen für die muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmar. Bei manchen Themen nutzen sie die Möglichkeit, durch medienwirksame Protestformen eine große Öffentlichkeit für Themen zu interessieren und so Druck auf Regierungen oder Unternehmen aufzubauen.



INGOs können ihre Expertise und besondere Glaubwürdigkeit aber auch dazu nutzen, Gesellschaften und Staaten über einen Sachverhalt zu informieren und das Bewusstsein für bestimmte Probleme zu stärken. So erhielten 1985 die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges den Friedensnobelpreis für „die Verbreitung sachkundiger Informationen über und die Schaffung eines Bewusstseins für die katastrophalen Konsequenzen eines Atomkrieges“ (Nobel Foundation, 1985).

Konkurrenzdruck und Wettbewerb

INGOs stehen zunehmend unter Konkurrenzdruck und müssen sich um ihr eigenes Überleben kümmern. Dies kann zu nicht intendierten Folgen ihrer Arbeit führen. Nach dem Genozid in Ruanda 1994 erkannten INGOs, die in den Flüchtlingslagern in Goma arbeiteten, dass diese nicht nur den Opfern Schutz boten, sondern auch als Rückzugsgebiet für die Täter dienten. Trotzdem haben viele INGOs geschwiegen und weiter ihre Arbeit verrichtet. Nur wenige zogen sich zurück und verzichteten damit auch auf die Möglichkeit, den Flüchtlingen weiter zu helfen (Terry, 2002). Der Drang, trotz offensichtlicher Probleme zu bleiben und die negativen Auswirkungen der eigenen Arbeit zu verschleiern, entspringt auch der Tatsache, dass andere INGOs schnell den eigenen Platz einnehmen und die Gelder der Geber einstreichen würden (Cooley/Ron, 2002).

Die Erfahrungen aus Ruanda machen einerseits deutlich, dass die Arbeit von INGOs, auch wenn sie

gut gemeint ist, negative Folgen haben kann. Andererseits zeigen sie, dass äußere Strukturen das Handeln von INGOs beeinflussen können. Vermehrt versuchen insbesondere humanitäre INGOs, diese Probleme aktiv anzugehen, indem sie beispielsweise allgemeine Verhaltensregeln formulieren, die ihre Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber den Gebern, sondern auch den Regierungen in den Nehmerländern und den betroffenen Menschen stärken (Lewis, 2014). ←

Literatur:

- Cooley, A., und James, R., 2002:** The NGO Scramble. Organizational Insecurity and the Political Economy of Transnational Action. *International Security* 27 (1), S. 5–39.
- Dany, C., 2013:** Global Governance and NGO Participation. *Shaping the Information Society in the United Nations*. London/New York: Routledge.
- Deitelhoff, N., 2006:** Überzeugung in der Politik – Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens. Berlin: suhrkamp.
- Frantz, C., 2010:** Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als internationale Akteure. In: Christiane Frantz und Klaus Schubert (Hg.): Einführung in die Politikwissenschaft. Münster u.a.: Lit Verlag, S. 190–199.
- Hahn, K., und Holzscheiter, A., 2013:** The Ambivalence of Advocacy: Representation and Contestation in Global NGO Advocacy for Child Workers and Sex Workers. *Global Society*, 27:4, S. 497–520.
- Lewis, D., 2014:** Non-governmental Organizations, Management and Development. 3. Aufl., London/New York: Routledge.
- Nobel Foundation, 1985:** The Nobel Peace Prize for 1985. http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1985/press.html, 12.05.2015.
- Sending, O. J., und Neumann, I. B., 2006:** Governance to Governmentality: Analyzing NGOs, States, and Power. *International Studies Quarterly* 50 (3), S. 651–672.
- Steffek, J., und Hahn, K., (Hg.), 2010:** Evaluating Transnational NGOs. Legitimacy, Accountability, Representation. Houndmills: Palgrave.
- Terry, F., 2002:** Condemned to Repeat? The Paradox of Humanitarian Action. Ithaca/London: Cornell University Press.

Bei der Ebola-Epidemie in Westafrika 2014 übernahm Ärzte ohne Grenzen zentrale Gesundheitsfunktionen: Einrichtung der INGO in Foya im Norden Liberias.



Andrea Schneiker ist Juniorprofessorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Universität Siegen. schneiker@sozialwissenschaften.uni-siegen.de

Wandel gemeinsam gestalten

Viele internationale zivilgesellschaftliche Organisationen (international civil society organisations – ICSOs) durchlaufen derzeit einen Veränderungsprozess. Sie überprüfen ihre Ziele und entwickeln ihre Strategien und Aktivitäten weiter. Die derzeit stattfindenden dramatischen Veränderungen in Bereichen der Politik, Technologie und Umwelt stellen Bedrohungen, aber auch Chancen dar. ICSOs sollten voneinander lernen und innovative Lösungen finden, um ihren Beitrag für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken.

Von Helene Wolf und Åsa Månsson

➔ Die Bedingungen, unter denen die meisten ICSOs arbeiten, verändern sich rapide. Armut und zunehmende Ungleichheit führen zu Konflikten, schnell wachsende Mittelschichten erhöhen den Druck auf knappe Ressourcen, der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran, und die Artenvielfalt ist bedroht. Außerdem nimmt der politische Spielraum für ICSOs ab, und das Internet fordert traditionelle Formen der Kommunikation heraus. Eine weitere Herausforderung besteht in der finanziellen Grundlage von ICSOs. Ihre Unterstützer werden älter, und die junge Generation hat andere Erwartungen.

Instinktiv nehmen viele ICSOs diese Veränderungen als Bedrohung wahr. In der Tat kann eine ICSO, die sich nicht ändert, in ihrer Existenz bedroht sein. Andererseits machen wachsende Herausforderungen wie die Ausbeutung unseres Planeten und Menschenrechtsverletzungen ein starkes Engagement von ICSOs nötiger denn je. Weder Regierungen noch Unternehmen setzen sich in gleichem Maße wie ICSOs für diejenigen Menschen ein, die am stärksten von Kriegen, Dürren oder Armut betroffen sind. ICSOs kommt daher eine besondere Verantwortung zu, auch aufgrund ihres beispiellosen Erfahrungsschatzes.

ICSOs verfolgen in der Regel hochgesteckte Ziele: Sie wollen Armut bekämpfen, die Umwelt schützen, Kinder retten oder die Diskriminierung benachteiligter Gruppen beenden. In der Praxis führen sie aber eher kleinteilige Projekte durch. Nötig wäre dagegen ein ganzheitlicher Ansatz. Zum Beispiel beeinflusst oder untergräbt sogar der Klimawandel zum Teil die Ziele von ICSOs, trotzdem wird er häufig in der Arbeit der ICSOs nicht systematisch berücksichtigt.

Die neuen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) beinhalten zwar nicht alle Aspekte, für die ICSOs sich eingesetzt ha-

ben. Aber sie stellen eine ambitionierte Agenda dar, die einige der wichtigsten Bereiche miteinander verknüpft. Ein Beispiel ist das Ziel einer weltweit inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung, die die begrenzten Ressourcen und die Umwelt berücksichtigt.

Gleichzeitig schränken die Regierungen vieler Länder den Spielraum von ICSOs zunehmend ein. Lobbyarbeit wird für viele Organisationen ebenso schwieriger wie die Mobilisierung von Menschen und die Umsetzung von Programmen. Diese Beschneidung bedeutet eine Bedrohung für die zivilgesellschaftliche Arbeit, beeinflusst CSOs weltweit und erfordert gemeinsame Antworten.

Um Antworten auf viele dieser Fragen zu finden, ist nicht nur die Führungsebene der CSOs gefragt. Mitarbeiter, Aktivisten, Freiwillige und andere Unterstützer müssen gemeinsam Ideen entwickeln und die nötigen Veränderungen herbeiführen. Sind wir zu persönlichen Opfern für ein nachhaltigeres Leben bereit? Wollen wir die Beziehungen zu unseren Partnern im globalen Süden grundlegend verändern? Können wir unsere Arbeitsweise ändern? Gehen wir das Risiko ein, die Lebensstile unserer Geldgeber in Frage zu stellen? Und sind wir bereit für neue Herangehensweisen wie die virtuelle Mobilisierung?

Dies sind nur einige der Fragen, die ICSOs sich stellen. Allgemeingültige Antworten gibt es nicht. Aber wir können individuelle Erfahrungen teilen und gemeinsam an der Zukunft des gesamten Sektors arbeiten.

Das International Civil Society Centre lädt Mitarbeiter, Aktivisten und Unterstützer dazu ein, die Zukunft der ICSOs auf seiner Online-Plattform „Disrupt&Innovate“ zu diskutieren und kreative Ansätze zu entwickeln. Basierend auf dem Buch „The hedgehog and the beetle – Disruption and innovation



Helene Wolf
ist stellvertretende
Geschäftsführerin des
International Civil Society
Centres in Berlin.
hwolf@icscentre.org

in the civil society sector“ von Burkhard Gnärig, dem Geschäftsführer des International Civil Society Centres, will die Plattform internationale und nationale, kleine und große, etablierte und junge CSOs bei ihrer Suche nach Lösungen unterstützen.

Auf der Grundlage unserer Arbeit mit vielen der größten ICSOs über mehrere Jahre hinweg haben wir Themen identifiziert, die für eine Vielzahl von Organisationen relevant sind:

- Bündnisse: Keine Organisation und kein Sektor kann allein Armut abschaffen oder Bildung für alle erreichen. Wie können wir wirkungsvolle Bündnisse innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors eingehen, aber auch mit Verantwortlichen in Regierungen und Unternehmen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten?
- Organisationskultur: Neue Herangehensweisen oder flexiblere Entscheidungsstrukturen erfordern oft grundlegende Veränderungen der Arbeitsweise. Wie schaffen wir eine Organisationskultur, die unternehmerische Ansätze aufnimmt, etwa Innovation und Veränderung als Teil der täglichen Arbeit?
- Transparenz: Die zunehmende Beobachtung durch Öffentlichkeit und Geldgeber, unterstützt durch digitale Technologien, stellt neue Anforderungen an die Rechenschaftsfähigkeit und Transparenz von ICSOs. Wie können wir Transparenz neu denken, um sie sowohl für unsere Verantwortung nach außen als auch für unseren eigenen Lernprozess zu nutzen?
- Geschäftsmodelle: Veränderte Fundraising-Methoden und virtuelle Kampagnenarbeit stellen die traditionellen Geschäftsmodelle vieler ICSOs in Frage. Wie können wir unsere Geschäftsmodelle so anpassen und verändern, dass unsere bisherigen Aktivitäten ersetzt oder ergänzt werden, ohne unsere Ziele aus dem Blick zu verlieren?
- Identität: Die Veränderungen im globalen Machtgefüge stellen den Ansatz in Frage, nach dem Geld und Wissen aus dem globalen Norden in den globalen Süden fließen. Wir müssen grundlegende Werte unserer Arbeit auf den Prüfstand stellen: Wie können wir unsere Zielgruppen ermächtigen und zu einer gerechteren Welt beitragen?
- Entscheidungsstrukturen: Immer schnellere und komplexere Veränderungen erfordern schnelle und flexible Entscheidungen. Wie schaffen wir entsprechende Führungsstrukturen für unsere Organisationen? Sie sollten Mitbestimmung ermöglichen, aber wenn nötig auch schnelles und effektives Handeln.

Niemand kann alleine die Antworten auf diese und die vielen weiteren Fragen finden, die unseren Sektor in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Deshalb bietet die „Disrupt&Innovate“-Plattform Raum für eine sektorweite Debatte, Austausch und gegenseitiges Lernen.

Mit unserer Kampagne #BeTheHedgehog haben wir die User der Plattform dazu aufgefordert, neue Antworten auf globale Herausforderungen zu suchen. Auf den Aufruf hin, Innovatoren zu benennen, kamen Bei-



Boehling/Photography

spiele einer Zusammenarbeit mit Unternehmen im Kampf gegen Ebola, neuer Wege, um junge Leute an der Führung von Organisationen zu beteiligen, und wie Skateboardfahren in der Bildung von Kindern eingesetzt werden kann. Einige Teilnehmer berichteten von Schwierigkeiten ihrer Organisation und wie sie darauf reagieren, auf der Suche nach Tipps und Feedback. Gastbeiträge von Organisationen wie Oxfam, 350.org, Transparency International und CIVICUS gaben Impulse zu Fragen der Rechenschaft, Korruption, des Klimawandels oder der Verteidigung des Raums für zivilgesellschaftliche Arbeit.

In den kommenden Monaten und Jahren wollen wir eine Community aufbauen, die Ideen und Innovationen für die Zukunft des Sektors entwickelt. Unser Ziel ist eine Agenda für den Wandel von ICSOs. Zusätzlich zur Online-Debatte richten wir im Oktober einen Workshop mit dem Titel „Managing Disruption“ aus.

Selbst die durchdachtsten Veränderungsprozesse sind zum Zeitpunkt ihrer vollständigen Umsetzung in der Regel überholt. Organisationen, die Veränderung als Teil ihrer täglichen Arbeit begreifen und stetig von ihren Erfahrungen lernen, werden am ehesten nicht nur überleben, sondern das Leben von Menschen verändern. ←

Links:

- Disrupt&Innovate:**
<http://www.disrupt-and-innovate.org>
- International Civil Society Centre:**
<http://www.icscentre.org>
- Twitter:** @CSODisruption

Folgen des Klimawandels beeinflussen die Arbeit von ICSOs, trotzdem wird er häufig nicht systematisch berücksichtigt. In vielen Ländern wird der Monsunregen zunehmend unberechenbar. Frau in Bombay.



Åsa Månsson
ist Leiterin der Bereiche Fundraising und Kommunikation des International Civil Society Centres. Sie leitet das „Disrupt&Innovate“-Projekt.
amansson@icscentre.org

Aktivisten schützen

Amnesty International (AI) ist weltweit bekannt als die größte Nichtregierungsorganisation, die sich für Menschenrechte einsetzt. Doch internationale Organisationen können nicht effektiv arbeiten, wenn sie nicht vor Ort gute Kontakte haben. Lokale Menschenrechtsgruppen sind deswegen wichtige Partner. Die Generalsekretärin von AI Deutschland, Selmin Çalışkan, erklärt Sheila Mysorekar die Beziehung zwischen AI und kleinen Menschenrechtsorganisationen vor Ort.

Interview mit Selmin Çalışkan

Wie verläuft die Zusammenarbeit zwischen Amnesty International und lokalen Menschenrechtsorganisationen in verschiedenen Ländern?

Amnesty International ist eine globale Menschenrechtsorganisation mit mehr als 7 Millionen Mitgliedern in über 150 Ländern der Welt. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für Menschenrechte und arbeiten eng mit Menschenrechtsgruppen auf der ganzen Welt zusammen. Oft ist Amnesty auf deren Informationen angewiesen, um die Situation vor Ort einschätzen und Empfehlungen geben zu können. Gleichzeitig vertreten wir ihre Anliegen auf internationaler Ebene und unterstützen sie moralisch und finanziell bei ihrer oft lebensgefährlichen Arbeit. Amnesty nutzt seine Bekanntheit und Expertise, um internationale Aufmerksamkeit für die Menschenrechtsarbeit vor Ort herzustellen.

Wie genau sieht diese Zusammenarbeit vor Ort aus?

Viele Berichte, die Amnesty zu Menschenrechtsverletzungen weltweit veröffentlicht, wären ohne die Zusammenarbeit mit lokalen Menschenrechtsgruppen nicht möglich. Sie können häufig viel schneller vor Ort sein als wir, kennen wichtige Ansprechpartner und vermitteln Kontakt zu Augenzeugen und Betroffenen. Oft sind Gespräche mit lokalen Menschenrechtsverteidigern nicht nur Voraussetzung unserer Berichte, sondern – neben den Aussagen von Überlebenden und anderen Beweisen – wichtige Grundlage. Auch bei Recherchen in Ländern, zu denen Amnesty keinen offiziellen Zugang hat oder aus Sicherheitsgründen nicht einreisen kann, sind wir auf unsere Kontakte vor Ort angewiesen. In Syrien beispielsweise arbeiten wir eng mit lokalen Aktivisten, humanitären Helfern und lokalen Menschenrechtsorganisationen zusammen, um schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch alle Konfliktparteien zu dokumentieren. In einigen Situationen ist es auch sicherer, wenn Amnesty Menschenrechtsverletzungen anprangert anstelle einer lokalen Gruppe, die dadurch möglicherweise gefährdet wird. In manchen Fällen erfahren wir überhaupt erst durch Aktivisten vor Ort von Men-

schenrechtsverletzungen, zum Beispiel in Indien oder Kambodscha. Dort werden im Rahmen großer Industrieprojekte viele Menschen Opfer von rechtswidrigen Zwangsräumungen.

Falls es eine Gefährdung lokaler Aktivisten gibt, wie geht AI damit um?

Amnesty unterstützt Menschenrechtsverteidiger weltweit. Ist jemand aufgrund seiner Arbeit in Gefahr, machen wir Druck auf die verantwortlichen Behörden, damit sie ihn aus dem Gefängnis entlassen, Folter stoppen oder Personenschutz anordnen. Binnen weniger Stunden tritt ein Netzwerk von fast 80 000 Menschen in 85 Ländern in Aktion: Sie appellieren per Fax, e-Mail oder Luftpostbrief an die Behörden der Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden. Es ist dieser rasche und massive Protest, der immer wieder Menschenleben schützt. Vor Ort bezahlt Amnesty Sicherheitsausrüstungen für die Büros bedrohter Menschenrechtler oder übernimmt die Reisekosten, wenn sie ihr Land verlassen müssen. Amnesty trägt die Kosten für die Behandlung von Folteropfern und unterstützt Angehörige von politischen Gefangenen. Lassen Sie mich ein ganz konkretes Beispiel für eine erfolgreiche Eilaktion nennen: Im März 2015 wurden die fünf Frauenrechtlerinnen Wei Tingting, Wang Man, Li Tingting, Zheng Churan und Wu Rongrong in China festgenommen. Sie sind Mitglieder der Women's Rights Action Group, die sich für Frauenrechte einsetzt. Ihr „Verbrechen“: Sie hatten Veranstaltungen geplant, bei denen sie ein Ende der sexuellen Belästigung in öffentlichen Verkehrsmitteln fordern wollten, die in zahlreichen Städten Chinas an der Tagesordnung ist. Die fünf Frauen wurden wegen „Versammelns einer Menschenmenge zur Störung der öffentlichen Ordnung“ angeklagt. Amnesty startete mehrere Eilaktionen. Tausende Menschen weltweit forderten daraufhin in Briefen, e-Mails und sozialen Medien die Freilassung der Frauen. Im April 2015 wurden sie gegen Kautionsaus der Haft entlassen.

Können Sie sagen, wie sich die Dynamik zwischen lokaler Regierung und kleinen Menschenrechtsgruppen vor Ort verändert, wenn sich Amnesty einschaltet?



Amnesty International

Christian Mukosa, Amnesty-Researcher für Zentralafrika, sammelt Zeugenaussagen in Bangui in der Zentralafrikanischen Republik während des Konflikts im Dezember 2014.

Die deutsche Amnesty-Sektion vergibt zum Beispiel alle zwei Jahre den Amnesty International Menschenrechtspreis. Mit der Verleihung des Preises würdigen wir Männer und Frauen, die sich unter besonders schwierigen Umständen für Menschenrechte einsetzen. Auszeichnungen wie diese stellen Menschenrechtsverteidiger ins Licht der Öffentlichkeit und unterstreichen die Bedeutung ihrer Arbeit. Dadurch werden sie weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Diese Bekanntheit unterstützt ihre Arbeit und schützt sie vor Übergriffen durch Regierungen und Behörden. Die Preisträgerin 2014 war die Rechtsanwältin Alice Nkom, die Homosexuelle und Transgender verteidigt, die in Kamerun wegen „Unzucht“ vor Gericht stehen. 2003 gründete sie ADEFHO, die erste NGO, die sich dort für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgender (LGBTI) einsetzt. Durch die Verleihung des Preises wuchs das Ansehen von Alice Nkom in Kamerun, und sie konnte eine größere Öffentlichkeit für das Anliegen von ADEFHO gewinnen. Im Frühjahr habe ich Alice Nkom zusammen mit Kollegen und Mitgliedern von Amnesty besucht. Wir haben diese Reise gezielt dafür genutzt, vor Ort und gemeinsam mit lokalen Organisationen, die oftmals keinen Zugang zu Regierungsvertretern haben, für die Verbesserung der Rechte von LGBTI-Personen einzutreten.

Gibt es Ideen, die Zusammenarbeit zu verbessern?

Amnesty ist seit einigen Jahren dabei, seine Basis im globalen Süden und Osten zu stärken. Das bedeutet, dass die Regionalteams nicht mehr nur von der Zen-

trale in London aus arbeiten, sondern in mehreren Büros auf der ganzen Welt. Eines der Ziele ist es, noch besser im Austausch mit regionalen und lokalen Menschenrechtsaktivisten zu sein, schneller auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren und langjährige Beziehungen weiter auszubauen. Nicht zuletzt werden die Büros die Funktion haben, Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen, aus der Nähe dabei zu unterstützen, eine Menschenrechtskultur zu stärken oder auszubauen. Damit möchte AI auch einen Beitrag zur Konfliktprävention leisten. Denn die Achtung der Menschenrechte und eine starke Zivilgesellschaft sind die Basis für ein friedliches Zusammenleben. Konflikte und Gewalt werden durch schwere Menschenrechtsverletzungen geschürt und verschärft, insbesondere wenn die Täter ungestraft davonkommen. Dieser Zusammenhang scheint vielen Politikentscheidern nicht bewusst zu sein und taucht eher in moralischen Appellen denn in konkreten wirksamen Umsetzungsplänen auf. Aus unserer Sicht ist dies das größte Manko. Denn so werden Stabilität, Entwicklung und der Frieden ganzer Regionen verhindert, und aus Millionen von Menschen werden Flüchtlinge gemacht. Amnesty International versucht, durch eine starke globale Kampagnenarbeit und politische Anwaltschaft Druck auf Entscheider auszuüben, so dass Menschenrechtsverletzungen wahrgenommen, skandalisiert und beendet werden. Und natürlich setzen wir uns dafür ein, dass Personen, Institutionen und Firmen, die Menschenrechtsstandards verletzen, vor Gericht kommen und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen rehabilitiert und entschädigt werden. ←



Selmin Çalışkan
ist seit 2013 Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International in Berlin.
presse@amnesty.de

Gestaltungskraft nutzen

Acht von zehn Menschen auf der Welt sagen: „Ich gehöre zu einer Glaubensgemeinschaft!“ Das zeigt, dass Religion auch im 21. Jahrhundert relevant ist. Besonders gilt das für Länder des globalen Südens. Die Einflussmöglichkeiten von Religionsvertretern bergen ein nichtstaatliches Gestaltungspotenzial, das die Entwicklungspolitik stärker nutzen sollte.

Von **Bernhard Felmberg**

➔ In 40 Partnerländern der deutschen Entwicklungspolitik geben vier von fünf Menschen an, dass ihnen Religion „sehr wichtig“ sei. In Nigeria gehen 90 Prozent der Bevölkerung jede Woche in die Kirche oder Moschee. Zum Vergleich: In Deutschland machen sich lediglich rund sechs Prozent der Bevölkerung regelmäßig auf den Weg zum Gottesdienst.

In Entwicklungsländern prägen Religion und Religionsgemeinschaften auch den Entwicklungsprozess – wenn auch gelegentlich auf ambivalente Weise: Im Namen von Religionen wurden und werden Menschen tyrannisiert, verfolgt und getötet und bereits erreichte Entwicklungserfolge wieder zunichtegemacht. Von Anfeindungen, Übergriffen, fehlendem staatlichen Schutz und staatlicher Diskriminierung sind Angehörige aller Religionen weltweit betroffen.

Gleichzeitig schätzt die Weltbank, dass in Subsahara-Afrika fast die Hälfte aller Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen von religiösen Akteuren erbracht wird. Und in vielen Krisensituationen und instabilen Ländern sind Kirchen und ihre Partner die Einzigen, die notleidenden Menschen vor Ort auch dort zur Seite stehen, wo staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht, nicht mehr oder noch nicht möglich ist.

In diesem Spannungsfeld muss sich die Entwicklungspolitik verorten. Unzweifelhaft haben Fragen nach der Rolle von Religionsgemeinschaften im Entwicklungsprozess, der Beziehung zwischen Staat und Kirchen und den Einflussmöglichkeiten der Kirchen auf die Meinungs- und Willensbildung in Entwicklungsländern an Aktualität und Dringlichkeit deutlich zugenommen. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Fragen bisher keine maßgebliche Rolle in der Praxis spielten. Dabei besteht hier enormes Potenzial, denn Religion prägt die Wertvorstellungen vieler Menschen, beeinflusst die Weltsicht, den Lebensstil und das Engagement vieler Menschen und kann starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft entfalten.

„Religion kann Brücken bauen und Menschen motivieren, sich für andere und die Umwelt einzusetzen. Dieses Potenzial haben wir viel zu lange vernachlässigt“, stellte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller kurz nach seinem Amtsantritt fest.

Wir müssen Wege finden, moderate religiöse Kräfte stärker in unsere Entwicklungspolitik einzubeziehen und für ein friedliches Zusammenleben zu nutzen. Dafür hat das BMZ eine interne Task Force Werte, Religion und Entwicklung eingerichtet. Zudem lädt das Ministerium mit der neu geschaffenen Veranstaltungsreihe „Religion Matters!“ regelmäßig hochrangige Religionsvertreter ein, die in informeller Runde neue Impulse geben. Die Zukunftscharta, die in einem breiten Dialog mit der Zivilgesellschaft erarbeitet wurde und formuliert, wie wir in Zukunft leben wollen, widmet dem Thema Religion sogar ein eigenes Kapitel.

Auch international treiben wir das Thema voran: Im Juli veranstaltete das BMZ gemeinsam mit der Weltbank, den UN und den größten bilateralen Gebern in Washington eine Konferenz zur Rolle von Religion in der internationalen Zusammenarbeit. Am 17. und 18. Februar 2016 soll die Folgekonferenz zu einer besseren Vernetzung von Entwicklungsorganisationen und religiösen Akteuren beitragen. Nur so können die Religionsgemeinschaften Teil einer neuen globalen Partnerschaft werden, wie sie die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen vorsieht.

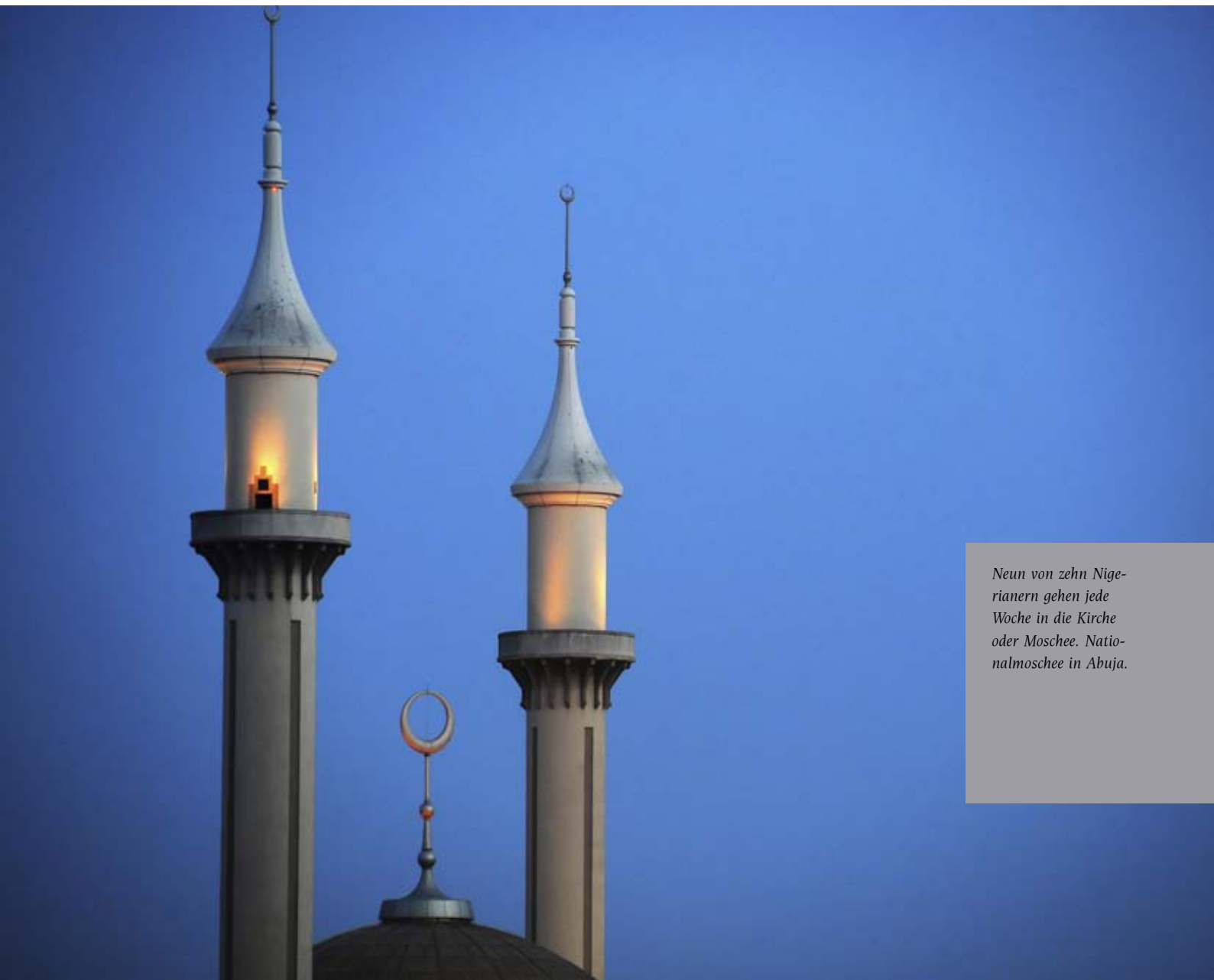
Unabhängigkeit vom Staat

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ist keinesfalls neu. Das BMZ arbeitet bereits seit mehr als 50 Jahren mit den beiden großen christlichen Kirchen zusammen. Vorteil kirchlicher Entwicklungsvorhaben ist, dass die Kirchen unabhängig vom Staat und strikt nach dem Partner- und Antragsprinzip arbeiten. Das BMZ schätzt ihre langjährigen Erfahrungen, gewach-



Bernhard Felmberg

leitet die Unterabteilung für Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
bernhard.felmberg@bmdz.bund.de



Neun von zehn Nigerianern gehen jede Woche in die Kirche oder Moschee. Nationalmoschee in Abuja.

senen Netzwerke und Partnerstrukturen sowie ihre besondere Nähe zu den Ärmsten der Armen.

Ein aktuelles Beispiel: Nach Ausbruch des Ebola-Virus in Sierra Leone konnten die Kirchen aufgrund langjähriger Kontakte und auf Initiative ihrer Partner vor Ort schneller als staatliche Organisationen konkrete Maßnahmen ergreifen.

Der Ebola-Ausbruch zeigte beispielhaft auch, wie wichtig Religion für die Überwindung von Krisen und für die Veränderung von destruktiven Traditionen ist. Ein Grund für die rasante Verbreitung des Virus war der Ritus der Totenwaschung. Traditionell werden Verstorbene in Westafrika vor dem Begräbnis von der Familie gewaschen oder zur Verabschiedung umarmt

– genau das birgt jedoch die größte Ansteckungsgefahr. Erst nachdem Priester und Imame die Bevölkerung darüber aufklärten, dass diese Tradition nicht moralisch geboten und im Kontext der Krankheit sogar gefährlich ist, folgten viele Menschen internationalen Appellen, mit ihr zu brechen.

Initiativen, die von Glaubensgemeinschaften ausgehen, werden oft von einem großen Teil der Gesellschaft mitgetragen. Sie können langfristig zu fest etablierten Bestandteilen des wirtschaftlichen und politischen Lebens werden.

Das gilt nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für uns. Ein Beispiel dafür ist der faire Handel. Er ist aus einer Initiative katholischer und evan-

gelischer Jugendverbände mit Unterstützung der Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt entstanden. 1970 organisierten sie als Kritik an der Entwicklungspolitik Hungermärsche in 70 deutschen Städten. Daraus entstand ein Jahr später die Bewegung „Aktion Dritte Welt Handel“, aus der dann die Weltläden hervorgingen.

Heute ist das Konzept des fairen Handels in Deutschland fest etabliert – mit beachtlichen Wachstumsraten. 2014 erreichte der faire Handel einen Umsatz von über einer Milliarde Euro – gut zehnmal mehr als 2004. Ausgehend von einer kleinen kirchlichen Initiative wurde der faire Handel zu einem erfolgreichen Wirtschaftssektor, der ein Alternativmodell zum Großteil des Wirtschaftens von Industrieländern darstellt und in Ländern des globa-

len Südens durch faire Löhne und gute Produktionsbedingungen praktische Hilfe zur Selbsthilfe leistet.

„Eine andere Welt ist möglich – und sie steckt schon in dieser.“ Dieses Zitat des französischen Lyrikers Paul Éluard beschreibt die Möglichkeiten, die sich in der Entwicklungspolitik heute bieten. Gelungene Entwicklung baut auf bestehenden Strukturen auf und bezieht Kultur und Religion in politisches Handeln ein. Es geht darum, Menschen weltweit ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Frieden und Würde zu ermöglichen, und zwar unabhängig von Nation, Geschlecht, Ethnie oder Religion. ←

Link:

Zukunftscharta:

<https://www.zukunftscharta.de>

Glaube macht Politik

In Burundi spielen die Kirchen eine wichtige Rolle; der Zivile Friedensdienst arbeitet mit ihnen zusammen. Die Ehemänner dieser Witwen in einer Kirche in Bujumbura starben im Bürgerkrieg.

Religionsgemeinschaften sind maßgeblich am Prozess der Meinungs- und Willensbildung von Gesellschaften beteiligt. In Kirchen und Moscheen wird diskutiert, was Menschen bewegt: Gesundheit, Familienplanung, Umweltschutz, Frieden.

Durch Publikationen

und Denkschriften, Hirtenbriefe oder Enzykliken greifen Religionsvertreter aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen auf und bieten Lösungen an. Bestes Beispiel dafür ist die „Umwelt-Enzyklika“ des Papstes, die nicht nur Missstände der aktuellen Klimapolitik benennt und ein Umdenken der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft fordert, sondern zugleich konkrete Lösungsansätze anbietet. Damit hat das Oberhaupt der katholischen Kirche einen Impuls für Debatten auch auf internationaler Ebene gegeben. Das zeigt, dass Glaubensvertreter Einfluss auf politische Entscheidungsträger, Entwicklungsprozesse und jeden Einzelnen ihrer Glaubensgemeinschaft nehmen können.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nutzt dieses Potenzial, indem bei Projekten auch Kooperationsmöglich-



Böckling/Photography

keiten mit Religionsvertretern gesucht werden – und zwar erfolgreich. In Indonesien war der Aufbau eines Personenstandswesens in Aceh nach dem Tsunami 2004 erst möglich, nachdem der Islamische Gelehrtenrat eine Stellungnahme veröffentlichte, die der staatlichen Registrierung einen Beitrag zum Gemeinwohl bescheinigte. Zuvor lehnten weite Teile der Bevölkerung Registrierung als „christliches Konzept“ ab.

In Algerien wurden Imame gemeinsam mit staatlichen Vertretern darin unterstützt, Positionen zum Umweltschutz zu erarbeiten. Das daraus entstandene Handbuch für die Imam-Ausbildung „Rolle der Moscheen in der Umwelterziehung“ wird an Koranschulen verwendet

und soll im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation nach Pakistan übertragen werden.

Religionen können auch helfen, Frieden zwischen Konfliktparteien zu schaffen. Religionsvertreter nehmen in vielen Kulturen traditionell Mediatorenrollen ein. In Burundi zum Beispiel arbeitet der Zivile Friedensdienst mit den lokalen Kirchen daran, verfeindete Gruppen an einen Tisch zu bringen. In Nigeria, im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik setzen sich Imame und Bischöfe gemeinsam für Dialog ein. Dahinter steckt die ebenso einfache wie wichtige Erkenntnis, dass Religion dort, wo sie Teil des Problems ist, stets auch Teil der Lösung sein muss. (bf)



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile page for 'D+C Development and Cooperation'. The page header includes the Facebook logo, the name 'D+C Development and Cooperation', and navigation links for Home and Find. The main cover image features a market scene with a 'D+C' logo overlaid. Below the cover image, there are buttons for 'Like', 'Follow', and 'Message'. The 'ABOUT' section contains a description of the organization and its website. The 'PHOTOS' section shows a grid of images, including a lake scene and a market stall. A post from the page is visible, featuring a video thumbnail of a man in a grey shirt performing a dance move.



Vom Traum zum Albtraum

Argentiniens Rinderwirtschaft nutzt zunehmend Mastparzellen statt wie früher die weiten, offenen Grasflächen der Pampa. Entsprechend nehmen Probleme wie Waldzerstörung und CO₂-Emissionen zu.

Von Leonardo Rossi

➔ Argentinien ist international für gutes Rindfleisch bekannt, weil Kühe vom Gras der Pampa leben. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahrzehnten viel verändert. Die Volkswirtschaft ist nun auf den Export von Soja und Getreide ausgerichtet. Etwa 90 Prozent der Rinderzucht werden nun für den heimischen Markt betrieben (siehe Kasten, S. 33).

Der Ackerbau erfordert Land, sodass die Tierhaltung nun mit intensiveren Methoden und erheblichen ökologischen Schäden erfolgt. Die Rinder werden auf umzäunten Gehegen gehalten. Diese Mastparzellen heißen auf Englisch Feedlots.

Tribüne

Ein umweltbelastender Wirtschaftszweig

Die Viehhaltung gilt generell als umweltschädlich. Laut UN Food and Agriculture Organization (FAO) stößt sie fast 15 Prozent der von Menschen verursachten Klimagase aus. Die FAO konstatiert, die wichtigsten Faktoren seien die Produktion von Fleisch (41 Prozent) und Kuhmilch (29 Prozent).

Die UN-Organisation hält fest, die Rinderzucht verursache in Südamerika jährlich rund eine Milliarde Tonnen CO₂-Emissionen, was 15 Prozent der globalen Tierhaltungsemissionen entspreche. Das Inter-American Institute for Cooperation on Agriculture (IICA) führt fast 45 Prozent der argentinischen Klimaemissi-

onen auf die Tierhaltung zurück, wobei die Rinderzucht auf fast 30 Prozent komme.

Der zivilgesellschaftliche Dachverband Alianza del Pastizal fordert, jede Stufe in der Produktionskette auf die Klimafolgen hin zu prüfen. Das Methan aus Kuhmägen sei nur ein Teil des Problems. Veränderte Formen der Landnutzung und die Futtererzeugung spielten auch eine Rolle. Dem nichtstaatlichen Bündnis zufolge sind die Klimaemissionen der industrialisierten Methoden zwölfmal so hoch wie die der Rinderzucht auf der offenen Pampa (siehe auch Artikel von Christine Chemnitz und Barbara Unmüßig in E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 18 ff.).

In den Mastparzellen werden viele Tiere auf wenig Land gehalten: je nach Geschäftsmodell 100 bis 500 Tiere. Je nach Region, Klima und Grasvorkommen konnte jede Kuh das ganze Jahr über frei auf ein bis zehn Hektar grasen.

Die Viehpferch-Hauptstadt

Saladillo ist eine Kleinstadt im ländlichen Teil der Provinz Buenos Aires. Sie wird Viehpferch-Hauptstadt genannt, denn in den vergangenen Jahren sind mehr als ein Dutzend Feedlot-Betriebe hier gegründet worden. Die Umweltfolgen sind schrecklich, und die Bürgerinitiative Ecos de Saladillo wehrt sich dagegen. Gegründet wurde sie vom Agronomen Gabriel Arisnabarreta, der in Saladillo einen kleinen Bauernhof besitzt.

„Die Mikroorganismen im Boden können die gewaltigen Mengen von Dung und Urin, die in den Mastparzellen anfallen, nicht in Nährstoffe umwandeln,“ berichtet Arisnabarreta. Folglich werde das Grundwasser belastet. „Viel Dung auf wenig Fläche verursacht außerdem den Ausstoß von Gasen wie Methan und Stickoxid. Die Emissionen stinken, sind giftig und machen das Leben hier fast unmöglich.“

Dung sei früher ein „Segen für die Böden“ gewesen, sagt Arisnabarreta, sei aber wegen der Mastparzellen zu einem ernstesten Problem geworden. Ein Viehpferch mit 10 000 Tieren von im Schnitt 200 Kilogramm Gewicht produziere täglich 100 000 Kilogramm Dung und Urin. Eine ausgewachsene Kuh wiegt mehr als 500 Kilogramm.

Claudio Sarmiento, ein Agrarwissenschaftler, der in der Pamparegion an der Universidad Nacional de Río Cuarto arbeitet, stimmt ihm zu: „Bei wandernden Herden sind Dung und Urin nützlich und kein Problem. Jede Kuh produziert im Jahr um die vier Tonnen Dung und Urin. Das wird aber dann weitflächig verteilt und erhöht die Bodenfruchtbarkeit.“ Bei industriell betriebener Mast geschehe das aber nicht (siehe Aufsatz von Cornelia Heine in E+Z/D+C e-Paper 2015/08, S. 38 f.). Der Akademiker sagt: „Das Nitrogen aus dem Rinderurin wird zu Nitrat und sickert ins Grundwasser.“ Diese Verunreinigung ist gesundheitsschädlich.

Obendrein wurden in Argentinien in den vergangenen zehn Jahren 3 Millionen Hektar Wald vernichtet, um Platz für Äcker und Weiden zu schaffen. Flächen, auf denen früher das exzellente argentinische Rindfleisch entstand, dienen nun der Futtermittelerzeugung für den Export nach Europa und Asien. Amtlichen Daten zufolge wird heute auf 20 Millionen Hektar Soja angebaut, und 95 Prozent der Ernte werden ausgeführt.

Bessere Alternativen

In den vergangenen Jahren haben sich aber auch Wald-Weide-Systeme bewährt. Laut dem Instituto Nacional de Tecnología Agropecuaria (INTA) werden dafür 34 Millionen Hektar genutzt. Eingeschlossen sind dabei Böden im Gemeinschaftseigentum sowie von indigenen Gruppen.

Es gibt eine große Vielfalt solcher Systeme. Ein Beispiel bieten 50 Familien, die in der Provinz Córdoba auf einem Gebiet leben, das La Libertad (Freiheit) heißt. Das Land gehört ihrer Gemeinschaft und ist Teil des Chaco Árido, eines Waldes, der wenig Regen bekommt. Horacio Britos gehört zur örtlichen Bauernorganisation Movimiento Campesino de Córdoba. Er bewertet La Libertad positiv, weil die Rinder natürliches Futter fressen, nämlich Gras sowie Früchte und Blätter. „Die Tiere wandern kilometerweit und kommen ein paar Tage später zurück“, berichtet der Agrar-Experte.

Primärwälder sind wichtig, weil sie Wüstenbildung verhindern. In ihnen ist traditionelle, extensive Viehwirtschaft möglich, wie sie auch indigene Gemeinschaften betreiben. Ein gesunder Wald kommt auch mit wenig Regen zurecht, wie Brito sagt, aber entwaldete Böden erodieren schnell.

Zukunftsaussichten

Klimaexperten sagen voraus, dass in Zentralargentinien und im Osten des Landes von 2020 bis 2029 zwei bis acht Prozent mehr Regen als im historischen Durchschnitt fallen werden. Im Nordosten hingegen soll es einen Rückgang von bis zu zwölf Prozent geben. Die Durchschnittstemperaturen sollen um 0,7 bis 1,2 Grad steigen.



Gaucha in der Provinz Buenos Aires, Argentinien.

Wenn Argentinien dazu beitragen soll, diese Entwicklung abzubremsen, muss sich die Tierhaltungspraxis ändern. Umweltschützer machen viele sinnvolle Vorschläge:

- Die Regierung sollte Forstschutz zur Priorität machen und entsprechend ihre Wirtschaftspolitik ändern.
- Es wäre sinnvoll, natürliche Produktionsmethoden mit Steuerbefreiungen zu fördern.
- Gesetze, die dazu anregen, die Landnutzung zu variieren, um Monokulturen zu vermeiden, wären nützlich.

■ Industrielle Feedlots sollten verboten werden, weil Argentinien über alle natürlichen Grundlagen verfügt, um hochwertiges Fleisch zu produzieren. ←

Link:

Alianza del Pastizal:

<http://www.alianzadelpastizal.org/en/>



Leonardo Rossi

ist Journalist und lebt im argentinischen Córdoba.

leo.j.rossi@live.com.ar

Argentinisches Rindfleisch war früher besser

Anfang des 20. Jahrhunderts war Argentinien weltweit der zweitgrößte Exporteur von Rindfleisch. Das ist heute nicht mehr so. 1920 betrug der Anteil des Landes an Fleischausfuhren sogar 60 Prozent. Heute sind es laut der nichtstaatlichen Organisation Food and Water Watch nur noch sieben Prozent.

In den 1970er Jahren gab es noch 60 Millionen Kühe in Argentinien, aber seit den frühen 90ern sind es nur noch um die 50 Millionen. Zu 90 Prozent bedient die Viehhaltung nun die heimische Nachfrage. Die Regierung will aber Argentinien wieder zu einem führenden Rindfleischexporteur machen. Sie will, dass bis 2020 die Zahl der Rinder von

49 Millionen auf 54 Millionen steigt. Dafür wären noch intensivere Produktionsweisen mit noch mehr Umweltschäden nötig.

Die regionalen Wirtschaftsstrukturen ändern sich. 1994 lebten 60 Prozent der Rinder in der Pampa in der Mitte des Landes. Heute beträgt der Anteil dort nur noch 55 Prozent, während 37 Prozent aller Tierhaltung nun im Norden stattfinden. Um dort Platz für die Branche zu schaffen, wurde Wald vernichtet. Derzeit hat Argentinien noch 20 Millionen Hektar Primärwald, aber davon dürfen 60 Prozent in Weideland umgewandelt werden. Im vergangenen Jahrzehnt wurden 3 Millionen Hektar Wald vernichtet.

Wie die Cámara de la Industria y Comercio de Carnes y Derivados (Die Kammer der Fleisch- und Fleischverarbeitungswirtschaft) mitteilt, aßen die Argentinier voriges Jahr im Schnitt 60 Kilogramm Fleisch. Das Land hat 40 Millionen Einwohner. Das Fleisch hat aber nicht mehr dieselbe Qualität wie früher. 2009 gab sogar das Instituto de Promoción de la Carne Vacuna (Institut der Rindfleisch-Absatzförderung) zu, dass Mastparzellen zur Produktion von drei Vierteln des im Lande verkauften Rindfleischs beigetragen haben. (lr)

Link:

Food and Water Watch:

<http://www.foodandwaterwatch.org>

Grenzüberschreitende Kooperation

Wenn sich zusammenhängende Ökosysteme auf dem Gebiet mehrerer Länder befinden, ist ein gemeinsames Management sinnvoll. Erfolgreich wird grenzüberschreitende Kooperation, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen stimmen, die nötige Infrastruktur vorhanden ist und alle Akteure und Betroffenen einbezogen werden.

Von Laura Rupp, Maxi Springguth und Alfons Ullenberg

➔ Ökosysteme machen vor Ländergrenzen nicht Halt. Daher gibt es zunehmend Bestrebungen, Schutzgebiete über nationale Grenzen hinaus zu verwalten. Solche grenzüberschreitenden Schutzgebiete (Transfrontier Conservation Areas, TFCA) sollen gleichermaßen dem Erhalt der Biodiversität und der nachhaltigen sozio-ökonomischen Entwicklung auf lokaler Ebene dienen.

In der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community, SADC), einer regionalen Organisation mit 15 Mitgliedsstaaten, gibt es 18 TFCA. Die Implementierung ist jedoch nicht immer ganz einfach. Probleme bereiten unter anderem mangelnde grenzübergreifende Koordination und lokale Partizipation.

Um grenzüberschreitendes Management natürlicher Ressourcen zu fördern, führen die SADC und die GIZ seit 2012 gemeinsam ein regionales TFCA-Programm durch. Mit Pilotvorhaben auf lokaler Ebene sollen Lernerfahrungen generiert und die grenzüberschreitende Kooperation verbessert werden. Die Projekte werden mit jeweils 50 000 Euro gefördert. Zwei Partnerorganisationen, die von beiden Seiten der Grenze stammen, sollen sie gemeinsam innerhalb von neun Monaten umsetzen. Vier der insgesamt neun Pilotprojekte sind bereits ausgewertet. So konnten Faktoren für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit identifiziert werden, die im Folgenden an-

hand von zwei Tourismusprojekten dargestellt werden.

■ Wege für Kajak und Trekking

Das erste Tourismusprojekt befindet sich im Ai/Ais-Richtersveld Transfrontier Park (ARTP), der namibische und südafrikanische Schutzgebiete miteinander verbindet und eines der weltweit artenreichsten semiariden Ökosysteme umfasst. Im Zuge des Pilotvorhabens „Desert Kayak Trails“ entsteht auf dem Grenzfluss Orange ein Kajakwanderweg. Die beiden nationalen Parkverwaltungen setzen das Projekt unter Führung der halbstaatlichen Institution Namibia Wildlife Resorts um.

Das zweite Tourismusprojekt befindet sich in den Lubombo Mountains, die über die Grenze zwischen Mosambik und Swasiland hinweg Teil des Lubombo Conservancy-Goba TFCA (LCG TFCA) sind. Die Lubombo Conservancy in Swasiland umfasst mehrere Schutzgebiete mit unterschiedlichem Status. Ihre Stakeholder haben sich zur gleichnamigen NGO zusammengeschlossen.

Auf mosambikanischer Seite ist der Distrikt Goba als Teil des TFCA ausgewiesen worden. Er genießt bislang jedoch keinen Schutzstatus. Das Projekt „Mhlumeni Goba Community Tourism and Conservation Initiative“ beabsichtigt, ein grenzüberschreitendes Wegenetz für Wande-

rungen, Mountainbiking und Allradtouren aufzubauen. Damit verbunden sind Öko-Lodges und Campingplätze, die von den Gemeinden betrieben werden. Das Pilotprojekt wurde von der NGO Lubombo Conservancy und einer italienischen NGO mit Sitz in Maputo für eine Partnergemeinde auf jeder Seite geplant.

■ Vorhandene Strukturen nutzen

Eine Voraussetzung für grenzübergreifende Projekte in TFCA sind bestehende Managementstrukturen. Im ARTP gibt es beidseits der Grenze etablierte Parkverwaltungen. Das TFCA wird vom Parkmanagementkomitee verwaltet, dem die Parkmanager der beiden Schutzgebiete sowie der Gebietsmanager von Namibia Wildlife Resorts angehören.

Sie sind für das tägliche Management zuständig, für die Planung gemeinsamer Schutzmaßnahmen und die Entwicklung touristischer Infrastruktur. Die beteiligten Staaten kooperieren auch auf strategisch-politischer Ebene im TFCA-Management miteinander. Diese vorhandenen Strukturen vereinfachen die grenzübergreifende Zusammenarbeit auch in Bezug auf neue Vorhaben wie das „Desert Kayak Trails“-Projekt.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die gleichberechtigte Zusammenarbeit. Im LCG TFCA, wo beide Projektpartner NGOs sind, waren mit ähnlichen Ausgangslagen, Interessen und Kompetenzen grundsätzlich gute Voraussetzungen dafür gegeben. Die Partner waren aber nicht ebenbürtig an der Entwicklung der Projektidee und der Kommunikation mit SADC/GIZ beteiligt: Die Projektabwicklung lief weitestgehend über den Projektpartner auf der Swazi-Seite, der auch die Fördergelder verwaltete. Diese dominierende Rolle der Lubombo Conservancy führte zu Disharmonien zwischen den Partnern und letztlich zum Ende der Kooperation.

Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit müssen zudem alle Beteiligten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene einbezogen werden. Im ARTP waren das neben der ministeriellen Ebene auch Vertreter der lokalen Gemeinden, die von dem Pilotprojekt profitieren sollen. Die Chancen auf eine langfristige Zusammenarbeit stehen daher sehr gut. Nichtsdestotrotz sollten Gemeindeglieder künftig noch stärker in das Projekt und auch in das TFCA-Management einbezogen werden.

Von großer Bedeutung für das Gelingen der Kooperation ist außerdem bestehende Infrastruktur wie Verbindungsstraßen, Grenzübergänge und Kommunikationswege. Die Projektgebiete im LCG TFCA sind durch eine gut ausgebaute, asphaltierte Straße verbunden, und der Grenzübergang ist rund um die Uhr geöffnet.

Häufig führen grenzüberschreitende Projekte Gebiete mit unterschiedlichen sozio-kulturellen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen zusammen. Für den Erfolg eines bi-nationalen Projektes müssen diese lokalen Kontexte berücksichtigt und Vorgehensweisen entsprechend angepasst werden. Hierzu ist eine gute Kenntnis der Projektregion durch die implementierenden Akteure wichtig. Alternativ müssen die ökologische und gesellschaftliche Ausgangssituation, die Bedürfnisse lokaler Gemeinden und potenzielle Risiken wie zum Beispiel Interessenkonflikte schon im Vorfeld genau erhoben werden.

Im Fall des Projekts im LCG TFCA war die Kenntnis der Ausgangslage insbesondere auf mosambikanischer Seite unzureichend. Die Projektpartner waren nur ungenügend über bestehende Institutionen, interne Konflikte, Schutzstatus des Gebiets etc. informiert. Informationsmangel und falsche Annahmen führten zur Zusammenarbeit mit einer lokalen Organisation, die die Gemeinde nicht vollständig repräsentierte und deren Rolle und Zuständigkeit ungeklärt war. Des Weiteren wurden administrative Strukturen und interne Konflikte ignoriert. Schließlich scheiterte die Arbeit mit der Projektgemeinde.

Wenn gesetzliche Rahmenbedingungen der Einzelstaaten aufeinander abgestimmt sind, erleichtert das die grenzüberschreitende Kooperation. Entscheidend für länderübergreifende Tourismusaktivitäten ist zum Beispiel die Visaregulation innerhalb des TFCA. Im ARTP gibt es nicht an allen Stellen,



Die örtlichen Kajakguides mit dem Evaluationsteam in Sendelingsdrif am Grenzfluss Orange.

an denen Touristen den Grenzfluss Orange während der geführten Kajaktour überqueren, Grenzposten. Aufgrund eines Übereinkommens zwischen Namibia und Südafrika besteht jedoch die Möglichkeit, Touristen von der Visumpflicht zu befreien, solange sie sich innerhalb des TFCA aufhalten.

Die Erfolge beziehungsweise Misserfolge in den beiden Tourismusprojekten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im ARTP ist aufgrund der gelungenen Kooperation im Pilotprojekt „Desert Kayak Trails“ das erste dauerhafte bi-nationale Tourismusteam entstanden. Es setzt sich aus Personal der Parkverwaltung und Kajakguides aus den umliegenden Gemeinden zusammen, die vom Projekt angestellt sind. Nach erfolgreichen Test-Kajaktouren im Frühjahr 2015 wird die Tour ab Oktober 2015 kommerziell angeboten. Basierend auf den Erfahrungen und den Ergebnissen der Evaluationsstudie plant das TFCA-Management weitere Tourismusprojekte mit stärkerer Einbeziehung lokaler Gemeinden.
- Im Pilotprojekt „Mhlumeni Goba Community Tourism and Conservation Initiative“ im LCG TFCA hingegen ist die grenzübergreifende Kooperation im ersten Anlauf gescheitert. Die im Projekt verbleibende Lubombo Conservancy ist nun dabei, die versäumte Situationsanalyse nachzuholen und einen neuen Partner für ein langfristiges Engagement zu suchen. Für die Arbeit mit der mosambikanischen Ge-

meinde sind zunächst vorbereitende Aktivitäten und Sensibilisierungsmaßnahmen geplant. ←

Links:

Evaluating cross-border natural resource management projects:

https://www.sle-berlin.de/files/sle/auslandsprojekte/2014/Studie_SADC.pdf

SADC TFCA-Netzwerkportal:

<http://www.tfcaportal.org>

Laura Rupp



nahm im Rahmen ihres Postgraduiertenstudiums am Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität Berlin am Projekt „Grenzübergreifendes Management natürlicher Ressourcen in der SADC-Region“ teil

laurarupp@posteo.de

Maxi Springsguth



nahm ebenfalls im Rahmen ihres Postgraduiertenstudiums am Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität Berlin am Projekt „Grenzübergreifendes Management natürlicher Ressourcen in der SADC-Region“ teil.

maxi.springsguth@posteo.de

Alfons Ullenberg



ist freier Gutachter und war im Rahmen des SLE-Projektes Teamleiter zur Evaluierung der GIZ-Projekte zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Managements natürlicher Ressourcen in der SADC-Region.

alfons@uellenberg.eu

Ziele gemeinsam umsetzen

Bisher wurde Religion in der internationalen Zusammenarbeit nur unzureichend berücksichtigt. Religion besitzt aber eine starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft, denn sie beeinflusst Weltsicht, Lebensstil und Engagement vieler Menschen. Das hat die deutsche Entwicklungspolitik erkannt und versucht die Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen zu verstärken.

Von **Nabiela Farouq und Ulrich Nitschke**

➔ Weltweit fühlen sich acht von zehn Menschen einer Religion zugehörig. Sie spielt in ihrem Alltag eine maßgebliche Rolle und beeinflusst ihr Handeln. Aus diesem Grund gab es in den vergangenen Jahren erste konkrete Bemühungen, die gestalterischen Potenziale von Religion in die entwicklungspolitische und internationale Zusammenarbeit einzubeziehen.

Der Islam ist in vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungspolitik Staatsreligion und somit ein maßgeblicher politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und kultureller Faktor. Steigende Geburtenraten in islamischen Ländern stützen Prognosen, nach denen es bis 2070 weltweit mehr Muslime als Christen geben wird. Der Islam stellt für viele Gläubige den zentralen Orientierungs- und Handlungsrahmen dar, er bietet eine ethisch-moralische Richtschnur für das Leben der Muslime. Islamische Werte wie die Bewahrung der Schöpfung, die Gemeinwohlorientierung aber auch soziale Gerechtigkeit als Verpflichtung zu einer gerechten Verteilung weisen wichtige Anknüpfungspunkte zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung auf, wie sie die deutsche Entwicklungspolitik anstrebt (siehe dazu auch Beitrag von Martina Sabra zur Islamischen Wohlfahrt in E+Z/D+C e-Paper 2015/09, S. 25 ff.).

Die Wertschätzung lokaler Traditionen und Werte ist ein entscheidender Faktor in der internationalen Zusammenarbeit. Sie fördert die Eigenverantwortung der Part-

ner und ist maßgeblich für die Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) beauftragt, im Rahmen des Sektorvorhabens Werte, Religion und Entwicklung, das Potenzial der Religionsgemeinschaften für nachhaltige Entwicklung zu bestimmen. Außerdem sollte die GIZ Beispiele gelungener Kooperation zusammenstellen und Strategien aufzeigen, wie religiös definierte Gemeinschaften und Organisationen vermehrt und besser mit staatlichen Organisationen zusammenarbeiten können.

Wertebasierte Kooperationskultur stärken

Beispiele erfolgreicher Partnerschaften zwischen staatlichen Entwicklungsakteuren und religiösen Organisationen (RO) sind wichtig, um eine wertebasierte Kooperationskultur zu stärken. Empirische Beispiele erhöhen auch die Kenntnisse über Religionen weltweit und damit die religious literacy, also die Kenntnis von Religionen und die Fähigkeit, diese zu verstehen. Diese ist Voraussetzung, um Gemeinsamkeiten innerhalb der verschiedenen Religionen zu entdecken.

Eine erste Analyse zeigt, dass Kooperationen mit RO vor allem in den Bereichen Bildung, Frieden und Sicherheit,

Gesundheit, Nothilfe sowie Energie und Umwelt stattfinden. Religiöse Akteure pflegen in der Regel eine langfristige Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort, und sie bauen dauerhafte und vertrauensvolle Beziehungen über lokale Partnergemeinden auf. In autoritären Staaten sind RO meist die einzig effektive zivilgesellschaftliche Instanz. In einigen Ländern Subsahara-Afrikas leisten sie über 60 Prozent der medizinischen Versorgung.

Dennoch ist das Verhältnis von Religion und Entwicklung durchaus ambivalent: Bestimmte Akteure instrumentalisieren Religion nicht selten, um ihre Vorherrschaft und Ausbeutung zu legitimieren. Es muss differenziert betrachtet werden, ob und warum religiöse Akteure positiv oder negativ auf Entwicklungsprozesse wirken. Religiöse Akteure tragen oftmals lange vor staatlichen Institutionen zum Fortschritt eines Landes bei. Dies wird bislang aber noch wenig erkannt. Die Öffentlichkeit nimmt den Missbrauch von Religion wesentlich deutlicher wahr als ihre Potenziale.

Im Folgenden sollen drei vielfältige Beispiele gelungener Kooperation von GIZ und islamischen Autoritäten in Jordanien, Algerien und Afghanistan dargestellt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung Algeriens sowie das starke Wachstum städtischer Ballungsräume führen zu drastischer Umweltverschmutzung, der Übernutzung von Wasserressourcen, einem hohen Müllaufkommen und steigender Abgasbelastung. Dabei ist der Respekt vor der Schöpfung im Islam – wie in allen anderen Weltreligionen auch – fest verankert.

Hier setzte das BMZ-geförderte Projekt Integriertes Umweltmanagement 2007 in Algerien an, das das Umweltbewusstsein der algerischen Bevölkerung erhöhen sollte. Dazu wurden über 30 lokale Imame und Koranschullehrer und -lehrerinnen ein Jahr lang im Bereich Umweltschutz geschult. Anhand der Themen Wasser, Hy-



Depositphotos

Jordanien gehört zu den wasserärmsten Ländern weltweit. Die GIZ versucht, über religiöse Autoritäten für das Thema Wasserknappheit zu sensibilisieren.

giene, Müll, Grünflächen, Artenvielfalt und Umwelterziehung wurde aufgezeigt, wie sie die Gläubigen zu umweltfreundlichem Handeln motivieren können.

Dazu erstellte die GIZ ein Lehrbuch, das die Bedeutung der Artenvielfalt für die Lebensumwelt der Menschen erklärt. Die Argumente wurden darin koranschulgerecht aufbereitet und durch religiöse Argumente untermauert. Die Teilnehmer der Workshops wurden auch in der Anwendung des Lehrbuchs und der passenden Didaktik geschult. Heute macht das Lehrbuch in Pakistan Karriere und wird in vielen Koranschulen der Region verwendet.

Jordanien gehört zu den wasserärmsten Ländern weltweit. Bevölkerungswachstum, zunehmende wirtschaftliche Entwicklung sowie die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus Syrien erhöhen den Wasserverbrauch

zusätzlich. Infolge der Wasserknappheit nehmen soziale Spannungen zwischen Syrern und Jordanern zu. Auch hier versucht die GIZ über religiöse Autoritäten für das Thema Wasserknappheit zu sensibilisieren. Imame und Religionslehrer werden etwa als Wasserbotschafter eingesetzt, Lehrmaterial wurde erstellt sowie Curricula zu Ressourcenschutz. Der Ansatzpunkt war auch hier der muslimische Glaube, dem über 90 Prozent der jordanischen Bevölkerung und der aufgenommenen syrischen Flüchtlinge angehören. Das Thema Wasser spielt in den Offenbarungsquellen des Islams eine bedeutende Rolle und es gibt in den Überlieferungen über das Leben des Propheten Mohammed zahlreiche Beispiele, die einen sparsamen Umgang mit Wasser aufzeigen.

Eine argumentativ große Herausforderung stellt die rechtliche und politische Gleichsetzung von Frauen in Afghanistan dar.

„Imame werden als Wasserbotschafter eingesetzt.“

Das Recht auf Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung existiert für die meisten Frauen nur theoretisch. Das liegt daran, dass mehrere Rechtssysteme nebeneinander existieren: das traditionelle, das islamische und das staatliche Recht. Die afghanische Verfassung bietet mit ihrer sunnitisch-hanafitischen Ausrichtung Spielraum für die Verwirklichung von Frauenrechten.

Ein Ziel des Programms zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan ist daher, den Zugang von Frauen und Mädchen zu formalen Rechtsinstitutionen zu

stärken. Mit der Ulema Shura (Rat der Gelehrten) gibt es eine staatlich berufene Versammlung von Rechtsgelehrten, die in allen Landesteilen tätig ist. Die GIZ erreichte einen Konsens bezüglich verfasster Frauenrechte bei den Mitgliedern der Ulema Shura. Seitdem fördern sie Frauenrechte aktiv durch ihre Netzwerke und in den Freitagspredigten, die direkt nur an Männer gerichtet sind. Die Ulema Shura sensibilisiert zusätzlich Dorf- und Ältestenräte sowie religiöse Autoritäten mit Aufklärungskampagnen für Frauenrechte.

Dabei hat es sich als zentral herausgestellt, Männer als Kooperationspartner zu gewinnen. Nur durch ihre Akzeptanz und ihre Hilfe ist eine Umsetzung von Frauenrechten möglich. Um die Männer zu überzeugen, werden ihnen vor allem die Chancen und Vorteile aufgezeigt, die sich durch die Durchsetzung von Frauenrechten für ihre Familien ergeben. Zivile Streitschlichter sowie Staats- und Rechtsanwälte erhalten Fortbildungen in Familien- und Erbrecht und werden somit auch für die rechtliche Vertretung von Frauen geschult. ←

Nabiela Farouq



ist Islamwissenschaftlerin und Beraterin im Sektorvorhaben Werte, Religion und Entwicklung bei der GIZ.

nabiela.farouq@giz.de

Ulrich Nitschke



ist Leiter desselben Sektorvorhabens.

ulrich.nitschke@giz.de

Islamische Werte

Die zentrale Bedeutung sozialen Ausgleichs zeigt sich vor allem in der Institution des Zakāt, der Almosensteuer als einer Grundsäule des Islams. Demnach sind Muslime verpflichtet, einen bestimmten Teil ihres Besitzes an Bedürftige abzugeben. Islamische Hilfsorganisationen machen sich diesen Mechanismus zunutze, indem sie die Gläubigen aufrufen, ihren Anteil der Almosensteuer für konkrete Maßnahmen zu spenden.

Auch die Wahrung der Schöpfung ist eines der zentralen Themen im Koran. Das zugrunde liegende theologische Prinzip ist hier der tauḥīd (die Einheit). Dem koranischen Verständnis zufolge ist alles von Gott und strebt nach Gott, womit auch der Sinn menschlicher Existenz bestimmt ist. Neben der Betonung der Einheit Gottes im monotheistischen Sinne wird die Einheit Gottes durch die Schöpfung verkörpert. Das theologische Prinzip der Schöpfung ist eng mit dem Prinzip der Verantwortung verknüpft. Das Schöpfungsprinzip geht von einem harmonischen, auf Gott gerichteten Naturzustand (fiṭra) von Mensch und Schöpfung aus.

Diese Harmonie hat sich durch die fortschreitende industrielle und technische Entwicklung dramatisch geändert. Trotz des Einheitsgedankens wird der Mensch durch seine Vernunftbegabung als grundsätzlich verschieden von den anderen Lebewesen gedacht. Er ist sich der Linearität von Zeit bewusst und daher verantwortlich, die Rolle als irdischer Statthalter Gottes (Ḥalīfa) wahrzunehmen und die Zivilisation zu fördern. Durch seine kognitiven Fähigkeiten ist er



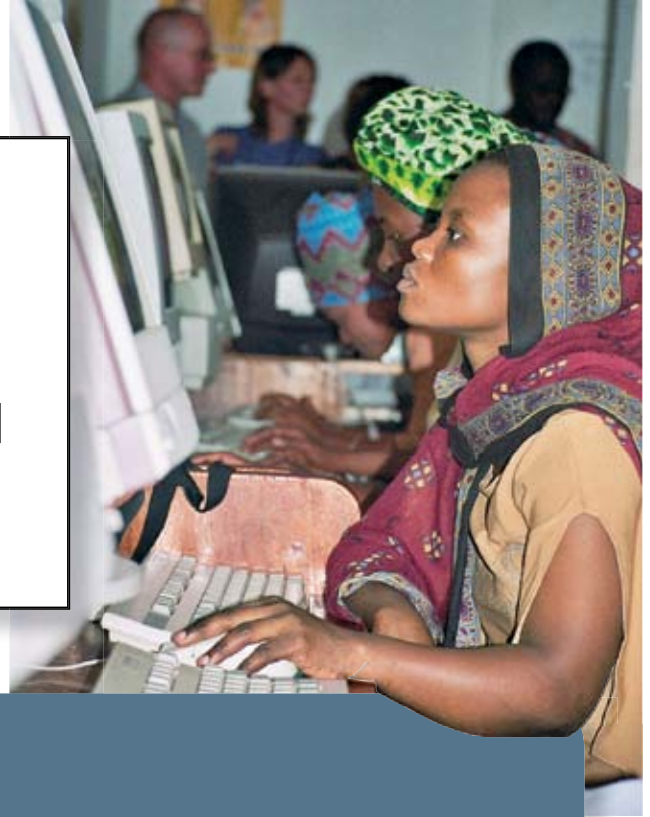
Ghulam Jelani, Vorsteher der Moscheen in der Direktion für religiöse Angelegenheiten der afghanischen Provinz Balkh.

in der Lage, sich über seine materiellen Bedürfnisse zu erheben. So entstehen Werturteile, das Vermögen moralische Entscheidungen zu treffen und schließlich Werte und Normen. Die theologische Lehre des mīzān (Gleichgewicht) ruft zu Mäßigung und Gleichgewicht auf. Sie kann als holistisches Prinzip verstanden werden, das auf die Harmonie des Ganzen abzielt

Islamische Gelehrte berufen sich in ihrer Argumentation ebenso auf diese und

andere theologische Prinzipien, um die Vereinbarkeit eines islamischen und nachhaltigen Lebens zu begründen. Ein Beispiel dafür stellt die Jeddah Deklaration (2000) dar, die von islamischen Juristen, Naturwissenschaftlern und Vertretern islamischer Länder beim ersten globalen Umweltforum aus islamischer Perspektive verabschiedet wurde. Sie hält fest, dass nachhaltige Entwicklung islamisch ist, wenn sie nicht das Gleichgewicht zerstört, das Gott mit seiner Schöpfung geschaffen hat. (nf/un)

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E-Zabonnieren Über uns Kontakt Impressum [English](#)

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV

Suche

FLÜCHTLINGE

Hartes Wüstenleben



DOSSIER DES MONATS

ZUM DOSSIER:
Behinderung und Inklusion

Aktuelle Artikel



RECHTSSTAÄRLICHKEIT



BÜRGERKRIEG

Folgen Sie uns



Herausgeber

ENGAGEMENT
GLOBAL

Geschlechterrollen im Umbruch

Die aktive und öffentlich sichtbare Beteiligung von Frauen an den Revolten in der arabischen Welt seit 2011, die zunehmende Bedeutung islamischer politischer Bewegungen und die Rekrutierung von Frauen durch das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ (ISIS) haben den Blick auf die gesellschaftliche und politische Rolle von Frauen in islamisch geprägten Kontexten verändert und neue Fragen in Bezug auf Islam, Gender und Politik aufgeworfen.

Von **Martina Sabra**

➔ Im April 2015 erschien das Buch „Warum hasst ihr uns so? Für die sexuelle Revolution der Frauen in der arabischen Welt“ von Mona Eltahawy auf Englisch und Deutsch. Die ägyptisch-amerikanische Journalistin, Aktivistin und Feministin hatte im arabischen und englischen Sprachraum bereits seit den 2000er Jahren als Bloggerin und TV-Kommentatorin einen Namen. Im November 2011 wurde international über sie berichtet, als ägyptische Polizisten sie bei einer Demonstration in Kairo schwer verletzten und sexuell attackierten.

Das Buch, eine Mischung aus Pamphlet, historischem Abriss und autobiographischem Essay, vermittelt einen lebendigen Eindruck von den Entwicklungen, die die Teilnahme so vieler Frauen an den arabischen Aufständen ermöglichten. Geboren 1967 im ägyptischen Port Said als Tochter eines Arztheopaares, zog Eltahawy als Siebenjährige mit den Eltern nach England und wenige Jahre später nach Saudi-Arabien. Dort musste sich die Heranwachsende verschleiern. Die Niveaulosigkeit islamischer TV-Prediger entsetzte sie: „Ich werde nie vergessen, wie mir mitgeteilt wurde, dass man, falls man von einem männlichen Baby angepinkelt werde, ruhig in denselben Kleidern zum Gebet gehen dürfe; passiere dasselbe aber mit einem kleinen Mädchen, müsse man die Sachen wechseln.“

Ironischerweise war Saudi-Arabien auch der Ort, an dem Eltahawy mit Anfang zwanzig das arabische und globale feministische Denken entdeckte. Während des Studiums stieß sie auf Werke arabischer und westlicher Frauenrechtlerinnen, darunter Huda Shaarawi, Doria Shafik, Nawal El Saadawi, Fatima Mernissi und Simone de Beauvoir. „Bis heute weiß ich nicht, wer feministische Texte in die Regale der Universitätsbibliothek in Dschidda stellte – aber ich fand sie dort. Sie erfüllten mich mit blankem Entsetzen. Ich begriff, dass sie an einem Faden zogen, der alles auftrennen würde.“

Zurück in Kairo, geriet die Studentin in eine Identitätskrise. Sie begann, den Sinn des Schleiers in Zweifel zu ziehen, denn trotz ihrer Bedeckung wurde sie massiv sexuell belästigt. Mit 24 Jahren legte Eltahawy das Kopftuch für immer ab. Die Schilderung des damit verbundenen langen Ablösungsprozesses ist eine der Stärken des Buches. Die Autorin sieht sich als Teil einer globalen feministischen Bewegung, wobei sie sich persönlich in den antikolonialen feministischen Diskursen lateinamerikanischer und schwarzer Frauen verortet. Eltahawy steht in der Tradition großer arabischer Feministinnen des 20. Jahrhunderts, doch anders als ihre Vorgängerinnen hat sie keine Vorbehalte gegenüber dem Begriff Feminismus, und sie fürchtet sich nicht vor Kontroversen. Ihr

Buch hat das Zeug zu einem Meilenstein der arabischen feministischen Literatur.

Ein breites positives Echo fand im Frühjahr 2015 das Buch „Undercover-Islamistin“ der französischen Journalistin Anna Erelle (Pseudonym). Warum schließen sich junge Frauen ISIS an? Wie funktioniert die Anwerbung? Um das herauszufinden, schlüpfte die Autorin in die Rolle einer französischen Konvertitin, um sich zum Schein rekrutieren zu lassen. Per Facebook gelang es ihr über Monate scheinbar, nahe an einen führenden ISIS-Kämpfer heranzukommen. Doch kurz vor dem Ziel brachte die Journalistin ihre Rekrutierer durch eine Unachtsamkeit auf ihre private Spur und musste das Projekt abbrechen.

Warum das Buch so gute Kritiken erhielt, lässt sich schwer nachvollziehen, denn es ist über weite Strecken langweilig geschrieben, inhaltlich dünn und voller sachlicher Fehler. So ist die türkische Stadt Urfa keine ISIS-Hochburg. Die in vielen anderen Quellen recht gut dokumentierten ISIS-Rekrutierungsmethoden werden nur oberflächlich geschildert, die Rolle der sozialen Medien nicht kritisch analysiert.

Langfristiger Trend

Die angeblich professionelle Reporterin ist beim Einfädeln ihrer als „sensationell“ vermarkteten Undercover-Recherche bemerkenswert unbedarft vorgegangen. Wesentliche Fragen, die man sich im Vorfeld eines solchen Projektes stellen müsste, spielen bei ihr keine Rolle. Dazu gehört etwa die Tatsache, dass radikalislamische und terroraffine Milieus seit langem geheimdienstlich beobachtet werden und dass eine Journalistin bei ihrer offenen Recherche im Netz höchstwahrscheinlich „Mitleser“ haben wird. Angeblich begriff Erelle erst beim Abbruch ihrer Recherche, dass der französische Geheimdienst sie benutzte. Das wirkt unglaubwürdig.



Genderrollen in muslimischen Ländern ändern sich. Schulumädchen in Herat, Afghanistan.

Die öffentliche Präsenz von Frauen im Arabischen Frühling sorgte in westlichen Medien für Überraschung. Dabei vollzieht sich in vielen islamisch geprägten Gesellschaften seit Jahren ein tiefgreifender sozialer Wandel, der dazu führt, dass Frauen die traditionellen Geschlechterrollen in Frage stellen und sich für Reformen engagieren.

Der deutschsprachige Sammelband „Arabischer Frühling? Alte und neue Geschlechterpolitiken in einer Region im Umbruch“ von 2013 (herausgegeben von Fuchs et al.) bietet eine wahre Fundgrube an Denkansätzen und Einsichten. Er umfasst Analysen und Porträts, die teilweise auf Vorträgen einer Konferenz im Jahr 2012 basieren, teils eigens für dieses Buch verfasst wurden.

Empfehlenswert ist auch ein Sammelband (Wunn und Selcuk, 2013) mit Beiträgen internationaler Autorinnen. Der Band belegt, dass die Ereignisse von 2011–2012 keine spontane Eruption waren, sondern als Teil eines sozialen und politischen Transformationsprozesses zu sehen sind, der lange vor 2011 begonnen hat und der vermutlich noch Jahrzehnte andauern wird. Exemplarisch zu nennen sind die Beiträge von Hanna Wettig und Johanna Block, die

beschreiben, wie ägyptische Frauen jenseits von Kopftuchstreit und religiöser Identität um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen.

Mit dem westlichen Blick auf muslimische Frauen und die Genderthematik befasst sich die verstorbene Birgit Rommelspacher im Artikel „Feminismus, Säkularität und Islam“. In diesem Beitrag, der Entwicklungsexperten in islamisch-arabischen Kontexten als Standardlektüre empfohlen sei, analysiert Rommelspacher die teilweise irreführenden Selbstbilder und Mythologisierung des Westens sowie die Ambivalenz von Konzepten wie „Gleichheit“ und „Gleichwertigkeit“ – Ambivalenzen, die durchaus fruchtbar sein könnten, denn Widersprüche und Unschärfen sind Voraussetzungen für Entwicklung. Immer häufiger engagieren sich muslimische Aktivistinnen in transnationalen Netzwerken, wobei sich das von Frauen aus Malaysia initiierte globale Netzwerk „Musawah for Equality in the Family“ durch Kontinuität und konzeptionelle Stärke auszeichnet. Das Familienrecht ist dabei ein wichtiges Handlungsfeld, denn in vielen islamisch geprägten Ländern ist es der einzige Rechtsbereich, der noch religiös geprägt ist. Claudia Derichs (in Wunn und Selcuk, 2013) beschreibt Musawah gut. Der arabische Begriff bedeutet Gleichheit.

Ein Schwerpunkt von Musawah sind transnational angelegte Publikationsprojekte zum islamischen Familienrecht und zu genderrelevanten islamischen Rechtstraditionen. In der jüngsten Publikation, „Men in Charge – Rethinking Legal Authority in Muslim Legal Tradition“ (herausgegeben von Mir-Hosseini et al.), untersuchen muslimische Theologinnen, Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen die zentralen Konzepte rechtlicher Autorität von Männern über Frauen in verschiedenen islamisch geprägten Gesellschaften.

Eine 2013 erschienene Publikation mit dem Titel „Gender and Equality in Muslim Family Law: Justice and Ethics in the Islamic Legal Tradition“ (herausgegeben von Mir-Hosseini et al.) bearbeitet das Spannungsverhältnis von Genderkonzepten und Menschenrechts- und Gerechtigkeitsvorstellungen in islamischen Rechtstraditionen vor dem Hintergrund der Entstehung moderner Nationalstaaten und Rechtssysteme. Anhand von Beispielen aus Marokko bis Malaysia werden die komplexen und oftmals widersprüchlichen Haltungen moderner Staatseliten zum islamischen Recht analysiert. 

Link:

Netzwerk „Musawah for Equality in the Family“:
<http://www.musawah.org>

Literatur:

- Eltahawy, M., 2015:** Warum hasst ihr uns so? Für die sexuelle Revolution der Frauen in der arabischen Welt. München: Piper.
 Englisch: Headscarves and Hymens: Why the Middle East Needs a Sexual Revolution, London: Orion.
- Erelle, A., 2015:** Undercover-Dschihadistin – Wie ich das Rekrutierungsnetzwerk des Islamischen Staats ausspionierte. München: Droemer Knaur. Englische Ausgabe: 2015: In The Skin Of A Jihadist. London: Harper Collins.
- Fuchs, E., Filter, D., und Reich, J., (Hg.), 2013:** Arabischer Frühling? Alte und neue Geschlechterpolitiken in einer Region im Umbruch. Hamburg: Centaurus.
- Mir Hosseini, Z., Vogt, K., Larsen, L., und C. Moe, (Hg.), 2013:** Gender and Equality in Muslim Family Law: Justice and Ethics in the Islamic Legal Tradition. I. B. Tauris.
- Mir-Hosseini, Z., Al-Shermani, M., und Rummiger, J., (Hg.), 2015:** Men in Charge – Rethinking Legal Authority in Muslim Legal Tradition, London: Oneworld
- Wunn, I., und Selcuk, M., (Hg.) 2013:** Islam, Frauen und Europa. Stuttgart: Kohlhammer.

Martina Sabra



ist freie Journalistin und
 entwicklungspolitische Gutachterin.

martina.sabra@t-online.de

Die neue Seidenstraße

Chinas spektakuläres Wachstum neigt sich dem Ende zu. Das Platzen der Börsenblase, das die Weltfinanzmärkte im Juli erschüttert hat, ist dafür nur ein Anzeichen. Während das chinesische Regime versucht, den Abschwung zu bremsen, wird es seine internationalen Infrastrukturambitionen wohl kaum reduzieren.

Von Hans Dembowski

➔ Es gibt weitere Anzeichen ökonomischer Probleme. Chinas Ein- und Ausfuhren gehen zurück. Die chinesische Zentralbank hat den Yuan abgewertet. Zudem haben die bevölkerungsreichen Gegenden der Volksrepublik jetzt so viele Straßen, Bahnlinien, Häfen und Flughäfen, dass es nicht mehr sinnvoll ist, die Verkehrsinfrastruktur dort weiter auszubauen. Folglich fehlen Baufirmen Aufträge.

Innere Probleme nähren typischerweise den außenpolitischen Ehrgeiz aufstrebender Supermächte. Für China gilt das auf doppelte Weise. Das kommunistische Regime rüstet massiv auf, und es will in großem Stil internationale Infrastruktur ausbauen. Die internationale Staatengemeinschaft sollte sich Erstem entgegenstellen, Letztes aber begrüßen.

Sicherlich dient es Pekings Außenhandelsinteressen, neue Straßen, Bahnlinien, Containerhäfen und Flughäfen im Ausland zu bauen. Aber die jeweiligen Länder profitieren auch. Chinas Machthaber erwarten mit gewisser Berechtigung, dass ihre Rhetorik von einer „neuen Seidenstraße“ und einer „maritimen Seidenstraße“ Anerkennung findet.

Sie weckt jedoch auch Sorgen. Der indischen Regierung behagen beispielsweise die Pläne nicht, Verkehrswege in Pakistan so auszubauen, dass Chinas Westen Anschluss an das Arabische Meer bekommt. Ihr missfallen auch Chinas Pläne, in Südasien Häfen auszubauen. Aus Delhis Sicht ist das indische Einflussgebiet. Zudem gibt es Sicherheitsbedenken, weil Transportinfrastruktur auch militärisch relevant ist und China eng mit dem Erzfeind Pakistan verbündet ist.

Ähnlich beobachtet auch die russische Regierung mit Argwohn, wie China seine Verbindungen nach Zentralasien ausbaut. Moskau findet, dass frühere Sowjetrepubliken zur russischen Einflussosphäre gehören. Auch der US-Regierung macht der wachsende Einfluss

Sitz in Peking beigetreten. Entwicklungspolitisch war das richtig. Infrastruktur wird dringend gebraucht, und es lohnt sich, bei ihrem Ausbau zu kooperieren. Zusammenarbeit wird zudem dazu beitragen, Pekings autoritäres Regime in die multilaterale Ordnung einzubinden.

Chinas Partner müssen aber wachsam bleiben. Sie sollten sich Säbelraseln – etwa im Südchinesischen Meer – entgegenstellen und den Zugang der chinesischen Streitkräfte zu den neugeschaffenen Einrichtungen beschränken. Obendrein müssen sie auf Qualität achten. Chinesische Firmen bauen seit Jahren Verkehrsinfrastruktur in anderen Ländern und auf anderen Kontinenten. Manchmal sind die Ergebnisse großar-



Ton Koene/picture-alliance

Chinesische Baufirmen sind auf fernen Kontinenten aktiv: Straßenvorhaben in Äthiopien.

Chinas Sorgen, weshalb sie sich dagegen aussprach, dass ihre Verbündeten sich der Asian Infrastructure Investment Bank anschließen.

Dennoch sind Deutschland, Britanien, Frankreich und andere der neuen internationalen Finanzinstitution mit

tig, aber manchmal verfallen sie auch arg schnell. Wer Verträge mit chinesischen Firmen abschließt, sollte die bisherige Erfahrung genau analysieren und dafür sorgen, dass künftig dauerhafte Infrastruktur entsteht. Das Leitprinzip könnte sein, darauf zu bestehen, dass Wort gehalten wird. ←

Eingeschränkte Pressefreiheit

„Ägypter kommen in eine orwellsche Welt, in der nur die Regierung über Ereignisse berichten darf.“ So lautete der Kommentar von Christophe Deloire, dem Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen, zu Ägyptens neuem Antiterrorgesetz.

Von Ingy Salama



Al-Jazeera-Journalist Mohammed Fahmy wurde wegen angeblicher Unterstützung der Muslimbruderschaft zu drei Jahren Haft verurteilt. Präsident al-Sisi begnadigte ihn Ende September.

➔ Das neue Gesetz sieht für Journalisten Geldstrafen von 200 000 bis 500 000 ägyptischen Pfund (23 000 bis 57 000 Euro) vor, wenn sie „falsche“ Informationen verbreiten, die der offiziellen Darstellung von Ereignissen widersprechen. Fünf Jahre Haft drohen denen, die „Ideen“ artikulieren, die „den Terrorismus“ unterstützen. Das Gesetz wurde nach dem Mord an dem ägyptischen Generalstaatsanwalt Hisham Barakat im Juni formuliert. Bei der Beerdigung beklagte Präsident Abdel Fattah al-Sisi noch, das bestehende Recht schränke die „schnelle Hand der Justiz“ auf unakzeptable Weise ein.

Kurze Zeit später griffen militante Kämpfer auf dem Sinai ägyptische Sicherheitskräfte an. Dem Militär zufolge kamen 17 Soldaten um. Allerdings berichteten internationale und ägyptische Medien unter Berufung auf ärztliche Quellen von mehr als 60 toten Soldaten. Eine Reihe von Gewaltakten auf dem Sinai haben die Öffentlichkeit erschüttert – und Zweifel daran geweckt, ob al-Sisi wirklich in der Lage ist, den Terrorismus zu bekämpfen. Das Regime mag diese Art von Berichterstattung nicht.

Die Regierung setzt heimische und internationale Medien schon lange unter Druck, und es erhöht diesen Druck. Das Außenministerium hat ausländische Re-

porter darüber belehrt, welche Begriffe sie verwenden und welche sie meiden sollen. Es lehnt Wörter wie „Dschihadisten“ und „Fundamentalisten“ ab und will stattdessen „Schlächter“ und „Mörder“ verwendet sehen. Mit Unterstützung von iMedia-Ethics, einer gemeinnützigen Organisation aus New York, hat Ägyptens staatlicher Informationsdienst zudem ausländische Journalisten angeleitet, ihre Berichterstattung an die des Verteidigungsministeriums anzupassen.

Reporter ohne Grenzen erstellen jährlich den World Press Freedom Index. In der Version von 2015 steht Ägypten auf Rang 158 von 180 Ländern. Dabei ist das neue Antiterrorgesetz noch gar nicht erfasst. 2014 und 2015 wurden bislang mindestens 30 Journalisten willkürlich mit dem Vorwurf, sie unterstützten eine „terroristische Organisation“, verhaftet. So nennt die Regierung die Muslimbruderschaft.

Dem internationalen Committee to Protect Journalists (CPJ) zufolge saßen 18 Journalisten Anfang Juni 2015 wegen ihrer Berichterstattung in Haft. Das war die höchste Zahl, seit das CPJ 1990 begann, inhaftierte Medienschaffende zu zählen. Das Komitee weist zudem darauf hin, dass die Festnahme von Journalisten normalerweise gewalttätig verläuft. Gängig sind demnach Schläge, Misshandlung,

Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahmung von Eigentum. Es ist sicherlich kein Zufall, dass das neue Gesetz Sicherheitskräfte von Strafverfolgung ausnimmt, wenn sie Zwangsmittel einsetzen, die aus Regierungssicht „notwendig und angemessen“ sind.

Auch Auslandskorrespondenten erleben Repression. So wurde etwa Alain Gresh, der Chefredakteur von Le Monde Diplomatique, in Kairo festgenommen und verhört, nachdem eine Frau angeblich gehört hatte, dass er in einem Café über Politik diskutierte. Ricard González, der Kairo-Korrespondent der spanischen Zeitung El País, floh nach einer Warnung durch spanische Behörden, ihm drohe die Festnahme. Im August wurden drei Al-Jazeera-Journalisten zu drei Jahren Haft verurteilt, weil sie angeblich die verbotene Muslimbruderschaft unterstützt hätten. Al-Sisi begnadigte zwei von ihnen Ende September. Der Dritte war bereits im Februar nach Australien abgeschoben worden, bleibt aber verurteilt.

Seit das neue Gesetz in Kraft ist, hat die Regierung den Vertrieb von drei privatwirtschaftlich betriebenen Zeitungen unterbunden. Der Grund war, dass sie Kritik an Präsident al-Sisi veröffentlicht hatten.

Viele internationale und nationale Menschenrechtsorganisationen lehnen das neue Gesetz ab. Human Rights Watch teilte beispielsweise mit, es unterhöhle Grundrechte. Die Regierung bestreitet zwar, dass das Gesetz dazu dienen soll, die Pressefreiheit zu beschränken. Genau das ist aber seine Wirkung. ←

Links:

Committee to Protect Journalists:

<https://cpj.org/mideast/egypt/>

Reporters Without Borders: New anti-terrorism law takes Egypt into Orwellian territory.

<http://en.rsf.org/egypt-new-anti-terrorism-law-takes-egypt-17-08-2015,48233.html>

Human Rights Watch: Egypt: Counterterrorism Law Erodes Basic Rights.

<https://www.hrw.org/news/2015/08/19/egypt-counterterrorism-law-erodes-basic-rights>



Ingy Salama

ist eine ägyptische Journalistin und Medienexpertin. Sie lebt in Deutschland.

ingysalama@hotmail.com

Markt ersetzt Klimadiplomatie nicht

Die Weltgemeinschaft setzt große Hoffnungen in die UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris. Oliver Geden von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik erläutert im Interview mit Katja Dombrowski, was Paris zum Erfolg machen würde und warum er am Erreichen des Zwei-Grad-Ziels zweifelt.

Interview mit Oliver Geden

➔ **Der Beschluss zur vollständigen Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, den die G7 auf ihrem Gipfel im Juni gefasst haben, wurde von vielen als Durchbruch für den Klimaschutz gefeiert – zu Recht?**

Der Beschluss ist keine Sensation, Ähnliches haben die G7 schon 2009 beschlossen. Neu ist nur der Begriff der Dekarbonisierung. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir in Paris eine erweiterte Ziellogik bekommen werden, dass es neben dem Zwei-Grad-Ziel auch auf ein Dekarbonisierungsziel hinausläuft. Dafür erwarte ich aber keine konkrete Jahreszahl.

Im Vorfeld von Paris haben einzelne Länder ihre Klimaschutzziele veröffentlicht. Kann mit diesen beabsichtigten nationalen Beiträgen (intended nationally determined contributions – INDC) die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden?
Das, was die einzelnen Länder jetzt anbieten, reicht auf keinen Fall. Deshalb hat sich jetzt die Sprachregelung durchgesetzt, das Zwei-Grad-Ziel in Reichweite zu halten. Man hofft auf deutlich höhere Zusagen in den Reviews nach Paris, also in den Erhöhungsrunden für die INDCs, die voraussichtlich für alle fünf Jahre beschlossen werden.

Was würde Erfolg in Paris ausmachen?

2011 wurde in Durban beschlossen, dass es spätestens 2015 einen verbindlichen, umfassenden und Zwei-Grad-kompatiblen Weltklimavertrag geben soll. Wenn das nicht klappt, könnte man sagen, Paris ist gescheitert. Aus meiner Sicht wäre es schon ein Erfolg, wenn es gelänge, die Trennung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern zu überwinden. Bislang ist internationaler Klimaschutz Sache der alten Industriestaaten.

2014 war das erste Jahr, in dem die CO₂-Emissionen im weltweiten Energiesektor nur minimal gestiegen sind, obwohl es keine Wirtschaftskrise gab. Ist damit die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und fossilen Energieträgern eingeleitet?

Nein. Zum einen sind die Zahlen mit Vorsicht zu betrachten, weil gerade die chinesischen Daten im Nachhinein häufig nach oben korrigiert werden. Aber selbst wenn Emissionen gesunken wären, macht ein Jahr noch keine Trendwende aus. Aus China gibt es zwar positive Zeichen, aber andere Schwellenländer wie Indien und Indonesien bauen die Kohlenutzung weiter massiv aus.

Die Kosten der Erneuerbaren-Technologien sinken, ihre Profitabilität steigt, neue Kohlekraftwerke dagegen werden unrentabel. Brauchen wir die Politik überhaupt noch – oder regelt der Markt die globale Energiewende?

Vielleicht regelt der Markt die Stromwende, zumindest in den meisten Ländern. Aber damit hätte man ja erst einen von drei Sektoren abgedeckt. Im Verkehr ist von einer Wende noch nichts zu sehen und auch im Wärmesektor nur in Ansätzen. Wir brauchen Klimadiplomatie. Die Frage ist aber, ob man für Fortschritte zwingend völkerrechtlich verbindliche UN-Verträge braucht oder ob es oft nicht schon reicht, dass Regierungen das Vertrauen gewinnen, dass auch die anderen etwas tun – sich also nicht mehr hinter dem Nichthandeln der anderen verstecken. Ohne die bilaterale Vereinbarung der USA mit China wäre es für Obama viel schwieriger, zu Hause eine ambitionierte Klimapolitik zu machen.

Der größte CO₂-Ausstoß ist in Zukunft in Ländern zu erwarten, die heute noch Entwicklungs- oder Schwellen-



Boßling/Photography

Indien baut erneuerbare Energien aus, setzt aber auch weiterhin massiv auf Kohle: Kohle-Kraftwerk in Neu Delhi.

länder sind. Was bedeutet das für die internationale Politik?

Der Anteil der G7 und der gesamten OECD-Länder wird sinken, die EU und die USA haben ihren Emissionspeak schon lange erreicht. Wirklich kritisch ist die Entwicklung in den Schwellenländern. Denen kann man aber kaum sagen, macht bloß nicht das, was wir gemacht haben. Es ist entscheidend, dass Länder wie China und Indien in den nächsten 15 Jahren ihren Emissionspeak erreichen. China lässt sich auf eine solche Debatte ein – Indien nicht. Das Land hat gute Chancen, zum nächsten „bad guy“ der internationalen Klimapolitik aufzusteigen. Um die Wende in Schwellenländern voranzutreiben, sind technologische Kooperation und Knowhow-Transfer aber letztlich wichtiger als Emissionsminderungsziele. ←



Oliver Geden

ist Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik.
oliver.geden@swp-berlin.org

Vielversprechender Anfang

Deutschland heißt Flüchtlinge willkommen. Die Haltung ist richtig, es muss aber noch viel mehr geschehen. Europa braucht ein kohärentes Konzept.

Von Hans Dembowski

➔ Zivilgesellschaftliches Engagement hat Deutschland in diesem Sommer verändert. Seit Jahrzehnten gingen Politiker davon aus, dass die Bürger sich vor Flüchtlingen und anderen Migranten tendenziell fürchten. Deshalb begrenzten sie die Zuwanderung mit strikten Regeln. In der Tat zeigen auch jetzt Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, dass Rechtsextremisten Stimmung machen. Die breite Mehrheit der deutschen Gesellschaft empört sich aber darüber. Die meisten Deutschen erkennen die Not der Flüchtlinge und wollen, dass geholfen wird. In großer Zahl heißen sie Flüchtlinge demonstrativ willkommen.

Der gute Wille ist ansteckend. Die Bundesregierung will nun schnell und unbürokratisch helfen. Sie hat im September an einem einzigen Wochenende zehntausende Flüchtlinge, die in Ungarn festsaßen, einreisen lassen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich unmissverständlich zum Grundrecht auf Asyl bekannt und gesagt: „Wir schaffen das.“

Diese Haltung ist auch entwicklungs- politisch richtig. Europa kann nicht weltweit Menschenrechte predigen, wenn es selbst Asylsuchende fernhält. Um in muslimischen Ländern Herzen und Köpfe im Kampf gegen den Extremismus zu gewinnen, muss der Westen humanitäre Mindeststandards erfüllen. Ohnehin sind Migranten, die einmal Demokratie und Rechtsstaat in der Praxis erlebt haben, die besten Botschafter für Wandel in autoritär regierten Ländern.

Innerhalb der EU löst die neue deutsche Politik allerdings Irritationen aus. Die Bundesregierung hat spontan und einseitig das bei einem Gipfel in Dublin vereinbarte Prinzip außer Kraft gesetzt, dem zufolge Flüchtlinge dort Asyl beantragen müssen, wo sie die EU zuerst betreten. Diese Regel funktioniert in der Tat nicht, weil Flüchtlinge auf dem Land- und See-

weg nun mal nur nach Süd- und Osteuropa einreisen. Angesichts der humanitären Krise ist die deutsche Wende begründet. Sie widerspricht aber dem Grundsatz, dass in der EU vereinbarte Regeln gelten.

Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, sieht die Dinge ähnlich wie die Bundesregierung. Er hat neue Regeln mit festen Quoten vorgeschlagen, damit alle Länder entsprechend ihrer Größe und Leistungskraft eine faire Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. Der Ministerrat hat dieses Prinzip angenommen – aber nicht wie sonst üblich im Konsens, sondern gegen die Stimmen von vier osteuropäischen Mitgliedsländern. Victor Orbán, Ungarns Premierminister, warnt Deutschland nun vor „moralischem Imperialismus“. Ein EU-Sondergipfel fasste Beschlüsse mit der Konsequenz, Flüchtlinge fern zu halten.

Es gibt noch viele andere Ungereimtheiten. In Deutschland bezweifeln Kommunen, die die Neuankommenden unterbringen müssen, dass die 7 Milliarden Euro, die für Flüchtlingshilfe aus dem Bundeshaushalt in Aussicht gestellt wurden, reichen. Innerhalb der EU werden nach Junckers Plan nun 120 000 Men-

schen zusätzlich verteilt. 800 000 Asylsuchende erwartet aber Deutschland dieses Jahr allein. Derweil haben Mitgliedstaaten innerhalb der EU längst abgeschaffte Grenzkontrollen wieder eingeführt.

Juncker will die Türkei zu einem sicheren Herkunftsland erklären, dort eskaliert aber gerade die Gewalt zwischen Armee und kurdischen Aufständischen, die eigentlich den Westen im Kampf gegen die Terrormiliz ISIS in Syrien unterstützen. Die EU ist bereit, für Flüchtlingslager jenseits ihrer Grenzen zusätzliches Geld bereitzustellen. Lager sind aber, wie die Erfahrung etwa mit den Taliban zeigt, Orte, an denen der Extremismus gedeiht.

Einige Politiker in der EU unterstützen unterdessen den russischen Vorschlag, sich im Kampf gegen ISIS in Syrien mit Baschar al-Assad zu verbünden. Sicher muss mit dessen Regime gesprochen werden. Der Diktator hat aber so viel Blut an seinen Händen, dass Frieden nur dann möglich sein kann, wenn er kein wichtiges Amt mehr innehat. Aus Sicht der türkischen Regierung ist er ein größeres Problem als ISIS. Derweil wollen nun Paris und London den Luftkrieg der USA gegen ISIS in Syrien mit Aufklärungsflügen unterstützen, es ist aber klar, dass Bodentruppen nötig wären, um Stabilität zu erzwingen. Woher sollen diese Soldaten kommen?

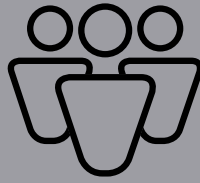
Europa braucht eine kohärente Politik. Deutschlands neue Willkommenskultur ist ein guter Start. Es muss aber noch viel mehr geschehen. ←



Frankfurter Bürger begrüßen Flüchtlinge am Hauptbahnhof mit Proviantpaketen.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



www.engagement-global.de

Die Welt der argentinischen Rinderzucht ist längst nicht mehr so heil wie ihr Image. **Seite 32**



Christian Goy/Linear

www.EundZ.eu